

Sächsische Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Abohumentpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierjährl. 1,80 M., für 2 Monate 1,20 M., für 1 Monat 60 Pf. exkl. Versandgeld.

Die Sächsische Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftsjahr 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Ant. I. Nr. 2721. Telegrammaddress: Volkszeitung Leipzig.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schöenlau.

Inserate werden die 5 geplante Zeitseite oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pf. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im vorans zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition ausgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Wirtschaftspolitisches aus dem Zarenreiche.

III.*

* Leipzig, 20. September.

Russlands politische Interessen in Polen und im Orient. So sicher es ist, daß die ökonomischen Beziehungen zwischen Russland und Polen das Hauptmoment in der Gestaltung der Wirtschaftspolitik Russlands Polen gegenüber gewesen sind, so wäre es doch einseitig", sagt M. Lügemburg, "sie einzlig und allein von den Interessen der russischen Bourgeoisie bestimmen lassen zu wollen. Die absolute Regierung Russlands ist einstweilen mehr als die jedes Landes in der Lage, auch eigene politische Interessen, ihre Herrschaftsinteressen, zur Geltung zu bringen. In dieser Beziehung hat sich aber trotz geschichtlicher Umstände zwischen der russischen Regierung und der polnischen industriellen Bourgeoisie ein ganz eigenartiges Verhältnis herausgebildet. Es ist leicht einzusehen, daß das Interesse des Absolutismus in Bezug auf Polen vor allem auf Beibehaltung und Festigung der Annexion ausging. Das Hauptaugenmerk Russlands seit dem Wiener Kongreß richtete sich daher beharrlich auf die Unterdrückung aller Spuren der nationalen Opposition in Polen und speziell derjenigen gesellschaftlichen Klasse, die als Trägerin der Opposition auftrat, des Adels. Bei dieser Bestrebung erblickte nun der russische Absolutismus einen erwünschten Verbündeten in der polnischen industriellen Bourgeoisie. Polen durch materielle Interessen an Russland zu binden und in einer bereits unter den Fittichen des russischen Adlers entstandenen Kapitalistensklasse, die durch kein Tradition der Vergangenheit national, wohl aber durch Interessen ihrer Zukunft servil gefestigt wäre, das Gegengewicht gegen die nationale Führung des Adels zu schaffen — das war der Zweck der russischen Politik, den sie mit gewohnter eiserner Konsequenz verfolgte. Man muß ihr zugeben, daß sie sich in der Wahl der Mittel nicht geirrt und die Natur der polnischen Bourgeoisie richtig herausgeföhlt hatte. Kaum war die Manufaktur in Polen aufgekommen, und kaum hatte sie von dem Honig der russischen Absatzmärkte gefestigt, als sich schon das polnische Unternehmertum zu der historischen Mission rief, als Stütze der russischen Annexion in Polen zu dienen. Schon im Jahre 1826 wurde der polnische Finanzminister Drucki-Undek nach St. Petersburg abgeordnet mit der unterhändlernden Botschaft, die Bollgrenze zwischen Polen und Russland ganz abzuschaffen, „da ja beide Länder ein einziges Ganzes bildeten und Polen zu Russland gehöre“. In dieser Erklärung war bereits blündig das ganze politische Programm der polnischen Bourgeoisie ausgesprochen: die völlige Verzichtsleistung auf die nationale Freiheit für das Vintengerecht der russischen Absatzmärkte. Seitdem hörte die russische Regierung nie auf, die polnische Bourgeoisie zu unterstützen.

* I Nr. 218, II Nr. 215.

Die Politik wurde aufs energischste in der späteren Zeit aufrechterhalten, noch zur Zeit Nikolaus I. sahen wir die russische Regierung neue Verordnungen in derselben Richtung erlassen. Nichts wird unterlassen, was das adelige, rebellische Polen in ein kapitalistisches, zahmes Polen verwandeln konnte. Und die polnische Bourgeoisie zeigte, daß sie ein dankbares Herz besitzt, denn sie hört sie auf, die nationalen Regelungen in Polen nach Kräften zu durchstreuen und zu versetzen, wofür namentlich ihre schmachvolle Haltung in den polnischen Ausländern genügend Zeugnis ablegt. Den wichtigsten Markstein in dieser Richtung der russischen Politik bildete die Abschaffung der russisch-polnischen Bollgrenze im Jahre 1851.

Mendelejew, der Vertreter russischer Interessen, sagt es offen, das Ziel der zarischen Politik sei „die friedliche Assimilation“ Polens mit Russland, d. h. die Festigung seiner Herrschaft in Polen um jeden Preis. Diese Erklärung wurde 1893 abgegeben, also lange nachdem der vermeintliche neue antipolnische Kurs in der russischen Politik begonnen haben sollte.

Die neue Richtung der russischen Wirtschaftspolitik ist von internationaler Bedeutung. Bis vor zehn Jahren bestrebte sich Russland, seinen Bedürfnissen nach Fabrikaten und Rohmaterialien durch eigene Produktion zu genügen und sich von der auswärtigen Einführung zu befreien. Heute gehen seine Bestrebungen weiter, heute will es sich bereits auf den Weltmarkt hinaus wagen und selbst den anderen kapitalistischen Nationen auf fremdem Boden die Stirne bieten. Freilich erhält diese Tendenz nicht von der russischen Bourgeoisie selbst her; die eigenartige ökonomisch-politische Entwicklung Russlands hat es mit sich gebracht, daß die Politik hier vielfach aus eigenem Interesse die Initiative des ökonomischen Fortschritts ergreift. Während in den meisten kapitalistischen Staaten die Industrie, in dem Maße, als es ihr in den Grenzen des inneren Marktes zu eng wird, die Regierung anstrebt, neue Absatzmärkte durch Eroberungen oder durch Verträge zu erwerben, sieht in Russland ungeteilt die Barenpolitik in der industriellen Ausfuhr ein Mittel, „die zur politischen Bedeutung außerordentlichen Vänden Asiens zunächst in wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland zu bringen“.

Während die russischen Industriellen zumeist keinen Finger rührten, um einen Platz auf dem Weltmarkt zu erobern, sprang sie die Regierung unaufhörlich in dieser Richtung an. Alles wird ins Werk gesetzt, um den Fabrikanten Müdigkeit und Lustlust bei zu bringen: Ermahnungen, Aufforderungen, Expeditionen zur Erforschung neuer Absatzgebiete, die Errichtung gewaltiger Eisenbahnen, wie die sibirische und die ostchinesische, Verstärkung von Böhlen und Steuern beim Warelexport, endlich direkte Prämien zu diesem Zwecke. Die hier in erster Linie in Betracht kommenden Länder sind: China, Persien, Mittelasien und die Balkanstaaten.

Das Ergebnis dieser Bemühungen wurde vor kurzem amtlich eröffnet; es war ein kolossales Fiascio. Es galt für

den russischen Absatz in allen Ländern, wohin ihn die Regierung richten wollte, die erste Konkurrenz der deutschen französischen, vor allem aber der englischen Industrie zu besiegen, und das russische Unternehmertum hat sich der Rolle nicht entfernt gewachsen gezeigt. Sogar auf eigenem Staatsgebiet in Ostsibirien war Russland, so lange es den freien Wettbewerb mit anderen Nationen zu bestehen hatte, nicht im stande, ihnen die Wage zu halten. Ostsibirien wurde deshalb in das Reichsgebiets aufgenommen.

Die russische Ausfuhr nach China ist gleichfalls kaum nennenswert im Vergleich zu denjenigen anderer Nationen. In der Gesamtinfuhr von beinahe 880 Millionen Rubel beteiligt sich hier Russland mit nur etwa 4,5 Millionen:

| | | | |
|------|----------------|------|------|
| 1891 | 1892 | 1893 | 1894 |
| | in 1000 Rubeln | | |
| | 4896 | 4782 | 4087 |
| | | | 4488 |

Ein ähnliches Bild haben auch die Erhebungen über den Handel mit Mittelasien gefestigt. „Die von Russland gebaute Transsibirische Eisenbahn, auf die man so große Hoffnungen setzte, erwies sich auch wirklich als ein vorzüglicher Handelsweg . . . für die Engländer, die nun die Möglichkeit erlangt haben, den hohen Durchgangszoll in Afghanistan zu umgehen.“ Die russische Ausfuhr nach Transsibirien, Chiva, Buchara und Turkestan hat nach einem kurzen Aufschwung in den letzten Jahren wieder zu sinken begonnen.

Der englische Import aus Indien hingegen ist in der gleichen Zeit dank der russischen Bahn, wie dies von offizieller russischer Seite festgestellt wurde, rapid gewachsen.

Russlands Resultate entsprechen also nicht dem Erwartungswerte. In Betracht kommt hier noch außer dem Rückstand der Produktionsweise ein Moment, das hauptsächlich die Pläne der Regierung in Wien bis jetzt durchkreuzt. Denn auch da, wo die russische Industrie — wie in der Herstellung geringerer Sorten der Baumwollstoffe — nach den kompetenten Bezeugnissen einzelner Forscher und selbst der britischen Konsul in Persien, über die englische wohl den Sieg davon tragen könnte, haben es die russischen Industriellen bis jetzt doch nicht weit gebracht, und die Ursache davon ist der ganze Habitus des russischen, speziell des Moskauer Unternehmertums, wie er sich infolge der langjährigen Spezialpolitik Russlands herausgebildet hat. Verhältnis von der Regierung durch allerlei Liebesgaben und Begünstigungen, vervölkert durch enorme Monopolprofile, vervölkert ferner durch einen kolossal inneren Absatzmarkt und durch den Schutz vor der auswärtigen Konkurrenz, verschüttet das Moskauer Unternehmertum überhaupt weder Lust noch Bedürfnis, sich dem rauhen Wetter des Weltmarktes auszusetzen und sich mit gewöhnlichen Profiten zufrieden zu geben. Es ist sozusagen die Profit-Hypertrophie, die die Moskauer so schwerfällig und apathisch in der Aussuchung neuer Absatzmöglichkeiten macht, daß sie in dem auswärtigen Handel höchstens das Mittel sehen, entweder hohe Ausfuhrprämien einzufordern, oder durch schwundhafte Warenlieferungen und plumpste Preise

Seuilleton.

Nachdruck verboten.

L'Adultera.

Von Theodor Fontane.

In der That, Rübuhn hatte sich für eine Granatblüten-Garnitur entschieden und eine Diretrice, die mit zugegen war, versprach alles zu schaffen. Melanie selbst aber gab der Französin ihre Karte. Diese versuchte den langen Titel und Namen zu bewältigen, und ein Lächeln flog erst über ihr Gesicht, als sie das „née de Caparoux“ las. Ihre nicht hübschen Augen verklärten sich plötzlich, und es war mit einem unbeschreiblichen Ausdruck von Glück und Wehmutter, daß sie sagte: „Madame est Française! . . . Ah, notre belle France.“

Dieser kleine Zwischenfall war an Melanie nicht gleichgültig vorübergegangen, und als sie draußen ihres Freundes Urm nahm, sagte sie: „Hören Sie's wohl? Ah, notre belle France! Wie das so sehnlichstig klang. Ja, sie hat ein Heimweh. Und alle haben wir's. Aber wohin? wohin? . . . Nach unserem Glück! . . . Nach unserem Glück! Das niemand kennt und niemand sieht. Wie heißt es doch in dem Schuberschen Gedicht?“

„Da, wo Du nicht bist, ist das Glück.“

„Da, wo Du nicht bist,“ wiederholte Melanie.

Rübuhn war bewegt und sah ihr unwillkürlich nach den Augen. Aber er wandte sich wieder, weil er die Thräne nicht sehen wollte, die darin glänzte.

Vor dem großen Platz, in den die Straße mündet, trennten sie sich. Er, für sein Teil, hätte sie gern weiter begleitet, aber sie wollt' es nicht und sagte leise: „Mein

Rübuhn, es war der Begleitung schon zuviel. Wir wollen die bösen Dingen nicht vor der Zeit herausfordern. Die bösen Dingen, von denen ich eigentlich kein Recht habe zu sprechen. Adieu.“ Und sie wandte sich noch einmal und grüßte mit leichter Bewegung ihrer Hand.

Er sah ihr nach, und ein Gefühl von Schreck und ungeheurer Verantwortlichkeit über ein durch ihn gestörtes Glück überkam ihn und erfüllte plötzlich sein ganzes Herz. Was soll werden? fragte er sich. Aber dann wurde der Ausdruck seiner Augen wieder milder und heiterer, und er sagte vor sich hin: „Ich bin nicht der Narr, der von Engeln spricht. Sie war keiner und ist keiner. Gewiß nicht. Über ein freundlich Menschenbild ist sie, so freundlich, wie nur je eines über diese arme Erde gegangen ist . . . Und ich liebe sie, viel, viel mehr, als ich geglaubt habe, viel, viel mehr, als ich je geglaubt hätte, daß ich lieben könnte. Mut, Melanie, nur Mut. Er werden schwere Tage kommen und ich sehe sie schon zu Deinen Häupten stehen. Aber mir ist auch, als klar es sich dahinter. O, nur Mut, Mut!“

* * *

Eine halbe Woche danach war Sylvester und auf dem kleinen Balle, den Gryczinski gaben, war Melanie die Schönste. Jakobine trat zurück und gönnte der älteren Schwester ihre Triumphe. „Superbes Weib, Ägyptische Königstochter,“ schnarrte Mittelmeister von Schnabel, der wegen seiner eminenten Ulanen-Figur aus der Provinz in die Residenz versetzt worden war und von dem Gryczinski zu sagen pflegte: „Der geborene Prinzessinnentänzer. Nur schade, daß es keine Prinzessinnen mehr gibt.“

Aber Schnabel war nicht der einzige Melanie-Bewunderer.

In der letzten Fensternische stand eine ganze Gruppe von

jungen Offizieren: Wensky von den Orlauer fassfebraunen Husaren, enragter Sportsman und Steeple-Chase-Meister (Oberschenkel dreimal an derselben Stelle gebrochen), neben ihm Ingenieur-Hauptmann Stiffelius, berühmter Rechner, mager und trocken wie seine Gleicherungen, und zwischen beiden Lieutenant Tigris, kleiner, kräftriger Flüssler-Offizier vom Regiment Bauch-Belzig, der aus Gründen, die niemand kannte, mehrere Jahre lang der Pariser Gesandtschaft attachiert gewesen war und sich seitdem für einen Halbstrangen Überthrin und Frauenmärder hielt. Junge Mädchen waren ihm „ridicul“. Er schob eben, trotzdem er wahre Lachanlagen hatte, sein an einem kurzen Seidenbande hängendes Pincenez zurecht und sagte: „Wensky, Sie sind ja so gut wie zu Hause hier, und eigentlich Hahn im Korb. Wer ist denn dieser Brachtlop mit den Granatblüten? Ich könnte schwören, sie schon gesehen zu haben. Aber wo? Halb die Herzogin von Mouhy und halb die Beauffremont. Unsoint als lys et de rose, et tout à fait distinguée.“

„Sie treffen es gut genug, mon cher Tigris,“ lachte Wensky, „s ist die Schwester unserer Gryczinska, eine geborene de Caparoux.“

„Drum, drum auch. Jeder soll eine Französin. Ich könnte mich nicht irren. Und wie sie lacht.“

Ja, Melanie lachte wirklich. Aber wer sie die folgenden Tage gesehen hätte, der hätte die Beauty jenes Ballabends in ihr nicht wieder erkannt, am wenigsten wär' er ihrem Lachen begegnet. Sie lag leidend und abgehärm, uneins mit sich und der Welt, auf dem Sofa und las ein Buch, und wenn sie's gelesen hatte, so durchblätterte sie's wieder, um sich einigermaßen zurückzurufen, was sie gelesen. Ihre Gedanken schwelten ab. Rübuhn kam, um nach ihr zu fragen, aber sie nahm ihn nicht an und grüßte mit ihm wie

reien in Gewicht, Maß und Warentattung einmalige Schachergewinne zu erzielen. Steht weder das eine noch das andere in Aussicht, so beantwortet der Moskauer Fabrikant etwa einlaufende Bestellungen von auswärts mit hartnäckigem Schweigen."

Das Organ des russischen Finanzministeriums, Der Finanzbote, sagt: "Die charakteristischen Züge der slawischen (will hier heißen: russischen) nicht kommerziellen Rasse und die absolute Apathie und Trägheit des Moskauer Unternehmertums kommen zum Ausdruck ebenso lebhaft wie vollkommen in unserem Handel mit Mitteleuropa."

Es ist klar, heißt es bei Luxemburg, daß das wirksamste Mittel gegen alle Trägheit Moskaus und seine Praktiken im Handel, ebenso wie gegen die technische Zurückgebliebenheit — der Übergang Russlands zu einer liberaleren Zollpolitik wäre, die den Moskauer Rayon aus der Treibhansasphäre des Monopols reißen und im eigenen Lande der freien Konkurrenz aussehen würde. Es scheint uns auch keinem Zweifel zu unterliegen, daß einerseits die Interessen des Absolutismus in Asien, andererseits die Ausdehnung der kapitalistischen Landwirtschaft und die Interessen des Grundbesitzes Russland über kurz oder lang auf die Bahn einer gemäßigteren Zollpolitik drängen werden. Vor allem aber kann nur auf einem Wege Abhilfe geschaffen werden, nämlich durch die Verschärfung der Konkurrenz innerhalb der russischen Zollgrenzen, d. h. dadurch, daß man Moskau der unbeschrankten Konkurrenz der fortschrittlichen Industrie-Rayons: Polen und St. Petersburg rücksichtslos preisgibt.

Während Moskau hemmt, erscheint die polnische Industrie als Bundesgenosse des Zarismus; das kapitalistische Polen verwirklicht das russische Regierungsprogramm. Polen hatte ohne Initiative der Regierung schon im Osten Fuß gesetzt, 40 Prozent der russischen Einfüsse in Persien sind polnischen Ursprungs, Lodz dringt in Mittelasien ein, Warschau sendet sein Porzellan und Glas nach Buchara und Turkestan, Lodz dringt in die Balkanstaaten ein.

Ta, die polnische Bourgeoisie möchte, unter Benutzung der sibirischen Eisenbahnlinie, Warschau zum Mittelpunkt des neuen großen europäisch-ostasiatischen Handelsweges machen. "The British Manufacturer" — schreibt der englische Konsul in Warschau und sein Mahnur ist auch für Deutschland — „may be prepared to find in them formidable rivals in the markets of the East (der englische Fabrikant mag sich darauf vorbereiten, in ihnen [den polnischen Unternehmern] furchtbare Nebenbuhler auf den Märkten des Ostens zu finden)."

Die polnische und russische Volkswirtschaft bilden heute schon nur einen komplizierten Mechanismus.

Wie wird dies enden? Hören wir Frau Dr. Luxemburg, deren vor treffliches Büchlein wir aufs beste empfehlen:

Die russische Regierung erblickt in diesem Prozeß ein Werkzeug ihrer Herrschaftspläne, glaubt Polen damit für immer ihren Macht auf Gnade und Ungnade überantwortet und ein tausendjähriges Reich der Despotie begründet zu haben. Die polnische Bourgeoisie sieht darin ein Fundament der eigenen Klasseherrschaft im Lande und eine unerschöpfliche Quelle der Bereicherung; sie wiegt sich in den süßesten Zukunftsträumen beim Gedanken an Asien und glaubt darauf ein tausendjähriges Reich des Kapitals bauen zu können. Die verschieden nationalstatischen Elemente der polnischen Gesellschaft endlich lassen den ganzen sozialen Vorgang als ein einziges großes nationales Unglück auf, das ihre Hoffnungen auf die Wiederausbauung eines unabkömmligen polnischen Staates unbarmherzig zertrümmert. Sie fühlen instinktiv die Macht der ökonomischen Vande, die der Kapitalismus zwischen Polen und Russland geschaffen hat, heraus und, ohne den fatalen Prozeß in Wirklichkeit aufzuhalten zu können, machen sie ihn wenigstens in der eigenen Einbildung rückhängig, indem sie sich an jeden Schein verwaltungsvoll klammern und von der russischen Regierung selbst erwarten, daß sie mit eigenen Händen die verhafte kapitalistische Entwicklung Polens vernichten und so für den Nationalismus wieder Boden schaffen werde.

Wir glauben, daß die russische Regierung, die polnische Bourgeoisie und die polnischen Nationalisten im gleichen Maße mit Blindheit geschlagen sind, und daß der kapitalistische Verschmelzungsprozeß zwischen Polen und Russland noch eine wichtige dialektische Seite hat, die sie ganz außer Acht lassen. Dieser Prozeß zeitigt nämlich aus eigenem Schoße den Moment, wo die Entwicklungsintressen des Kapitalismus in Russland mit der absoluten Regierungsform in Widerspruch geraten werden, und wo die Zarenherrschaft an ihrem eigenen Werke zu Grunde gehen wird. Früher oder später muß die Stunde schlagen, wo die heute von der Zarenregierung so gehätschelte polnische und russische Bourgeoisie ihres politischen Anwaltes — des Absolutismus — überdrüssig und den König matt sehen wird.

Herner bewegt sich aber der kapitalistische Prozeß mit unaufhaltsamer Eile demjenigen Moment entgegen, wo die Entwicklung der Produktivkräfte auch im russischen Reiche mit der Herr-

mit jedem. Und ihr wurde nur leichter ums Herz, wenn sie weinen konnte.

So vergingen ein paar Wochen, und als sie wieder aufstand und sprach, und wieder nach den Kindern und dem Haushalte sah, schärfer und eindringlicher als sonst, war ihr der energische Mut ihrer früheren Tage zurückgekehrt, aber nicht die Stimmung. Sie war reizbar, heftig, bitter. Und was schlimmer, auch kaprichös. Von der Straaten unternahm einen Feldzug gegen diesen vielfältigen Feind und im einzelnen nicht ohne Glück, aber in der Hauptache griff er fehl, und während er ihrer Neizbarkeit Augenweise mit Nachgiebigkeit begegnete, war er, ihrer Kaprice gegenüber, unflüglerweise darauf aus, sie durch Härtlichkeit besiegen zu wollen. Und das entschied über ihn und sie. Jeder Tag wurd' ihr qualvoller, und die sonst so stolze und siegesichere Frau, die mit dem Manne, dessen Spielzeug sie zu sein schien und zu sein vorgab, durch viele Jahre hin immer nur ihrerseits gespielt hatte, sie schraf jetzt zusammen und geriet in ein nervöses Zittern, wenn sie von fern her seinen Schritt auf dem Korridor hörte. Was wollte er? Um was kam er? Und dann war es ihr, als müsse sie fliehen und aus dem Fenster springen. Und kam er dann wirklich und nahm ihre Hand, um sie zu küssen, so sagte sie: "Geh. Ich bitte Dich. Ich bin am liebsten allein."

Und wenn sie dann allein war, so stürzte sie fort, oft ohne Ziel, öfter noch in Anastasius stille, zurückgelegene Wohnung, und wenn dann der Erwartete kam, dann brach alle Not ihres Herzens in bittere Thränen aus und sie schluchzte und jammerte, daß sie dieses Villenspiel nicht mehr ertragen könne. "Steh mir bei, hilf mir Nutzen, oder Du siehst mich nicht lange mehr. Ich muß fort, fort, wenn ich nicht sterben soll vor Scham und Gram."

schaft des Kapitals unverträglich und wo an Stelle der privaten Warenwirtschaft eine neue soziale Ordnung auf der Basis einer planmäßigen genossenschaftlichen Produktion treten wird. Die polnische und die russische Bourgeoisie beschleunigen diesen Augenblick mit vereinigten Kräften, indem sie keinen Schritt vorwärts zurücksetzen können, ohne auch die Reihen der polnischen und russischen Arbeiterklasse zu vermehren und vorwärts zu treiben. Die kapitalistische Verschmelzung Polens und Russlands erzeugt als das Endresultat, was in gleichem Maße von der russischen Regierung, der polnischen Bourgeoisie und den polnischen Nationalisten außer acht gelassen wird: die Vereinigung des polnischen und des russischen Proletariats zum künftigen Syndikus bei dem Bankrott zuerst der russischen Zarenherrschaft, und dann der polnisch-russischen Kapitalherrschaft.

Politische Übersicht.

Von der Proletarierkrankheit.

Es hat seinen guten Grund, daß die Lungenkrankheit Proletarierkrankheit genannt wird. Lehrt die Statistik, daß auf 1000 Todesfälle im deutschen Reich allein 105—107, eine erschreckend große Zahl, an Tuberkulose kommen, so zeigt die Statistik noch ganz andere Zahlen, wenn man die Kreise eingezeichnet und sich auf die Arbeiterklasse beschränkt. Bei den Arbeitern machen sich die schädlichen Einflüsse, die die Tuberkulose hervorrufen, besonders geltend: mangelhafte Ernährung, schlechte Wohnung, ungesunde Beschäftigungsart. Eine Tabelle über Sterblichkeit an Tuberkulose in der Schweiz, die für 55 einzelne Berufe angelegt ist, zeigt, daß von je 100 Steinbauern 85 an Lungenkrankheit sterben, von je 100 Schlossern 70, von je 100 Buchdruckern 65. Die Statistik, die das Reichsversicherungsamt über die Ursachen der Erwerbsunsicherheit nach dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz aufgestellt hat, zeigt, daß von 1000 Männern 327, von 1000 Frauen 300 durch Lungenerkrankungen erwerbsunfähig werden. Ein junger Statistiker, Dr. Ley (Die Schwindsucht. Leipzig, Verlag von Duncker u. Humblot), berechnet, daß alljährlich im deutschen Reich durch Krankenkosten und Arbeitsverlust der im erwerbsfähigen Alter an Schwindsucht Gestorbenen ein Verlust und Aufwand von insgesamt 370 Millionen Mk. erwächst.

Angesichts solcher Thatsachen wird nun auch von konservativer Seite zugestanden, daß Hilfe not thut. Der Hamburgische Korrespondent schreibt:

Lausendfältige Beweise zeigen, daß Verbesserung der Lebenshaltung, reichliche Ernährung, Rückenruhe, Reinlichkeit, Lust und Nicht beim Wohnen und Arbeiten von gegenseitiger Wirkung zur Bekämpfung des Leidens sind. Hier kam die Ausklärung, der Lehrer der Heiltheile, der Menschenfreund viel Nutzen schaffen, in noch höherem Maße freilich die allgemeine Hebung des wirtschaftlichen und sozialen Niveaus der Massen.

Das Blatt weist ferner auf die Heilstätten hin, in die versicherte Lungenerkrankte kommen können, und verlangt namentlich, daß alle Mittel zur Behandlung der Krankheit angewandt werden sollen. Es fordert mit dem Direktor der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin, Dr. Freund:

Alles, was man unter "Arbeitschutz" zusammenfaßt, wie Beschränkung der Arbeitszeit für Frauen, Kinder, hygienischer Maximallarbeitstag, Fürsorge für gesunde Arbeitsräume, Sonntagsruhe, besondere Kontrolle gesundheitsgefährlicher Arbeiten, Schwindsuchtverbot und andere. Die gewissenhafte Ausführung dieser Vorschriften und ihre sinngemäße Ausdehnung auf Kleinbetrieb und Heimarbeit liegen im Interesse der Volkswohlfahrt. Das aber auf diesem Gebiet noch viel, ja für manche Betriebsarten noch so gut wie alles zu thun ist, weiß jeder Kenner der Verhältnisse.

Endlich streift der Hamburgische Korrespondent die Wohnungsfrage und schreibt da:

Die Wichtigkeit gesunder Wohnungen gerade für alle Erkrankungen der Atmungsorgane versteht sich von selbst. Eine vernünftige Bauordnung und eine fortlauende Wohnungskontrolle, dazu die Förderung gemeinnütziger Baugesellschaften, die Errichtung privater Bauten für Minderbemittelte, im Notfalle selbst staatliche oder städtische Arbeiterwohnungen — damit kann unendlich Segenreiches geschaffen werden.

Das ist alles sehr schön, und erfreulich ist es, daß ein Blatt wie der Hamburgische Korrespondent einen solchen Wunschzettel aufstellt, dessen einzelne Forderungen dem Volksfreunde nichts Neues sind. Aber ist es nicht eine der schärfsten Anklagen gegen die Gesellschaft, daß angesichts der verheerenden Wirkungen einer bösartigen Krankheit erst ein solcher Wunschzettel aufgestellt werden muß?

Und er war mit erschüttert und sagte: "Sprich nicht so, Melante. Sprich nicht, als ob ich nicht alles wollte, was Du willst. Ich habe Dein Glück gesucht (wenn es ein Glück war) und ich will es wieder aufbauen. Ueberall in der Welt, wie Du willst und wo Du willst. Jede Stunde, jeden Tag."

Und dann bauten sie Luftschlösser und träumten und hatten eine lachende Zukunft um sich her. Aber auch wirkliche Pläne wurden laut und sie trennten sich unter glücklichen Thränen.

XV. Die Vernezobres.

Und was geplant worden war, das war Flucht. Den letzten Tag im Januar wollten sie sich an einem der Bahnhöfe treffen, in früher Morgenstunde, und dann fahren weit, weit in die Welt hinein, nach Süden zu, über die Alpen. "Ja, über die Alpen," hatte Melante gesagt und aufgeatmet, und es war ihr dabei gewesen, als wär' erst ein neues Leben für sie gewonnen, wenn der große Wall der Berge trennend und schützend hinter ihr läge. Und auch darüber war gesprochen worden, was zu geschehen habe, wenn Van der Straaten ihr Vorhaben etwa hindern wolle.

"Das wird er nicht," hatte Melante gesagt. "Und warum nicht? Er ist nicht immer der Mann der zarten Rücksichtnahme und liebt es mitunter, die Welt und ihr Gerede zu brüskieren."

"Und doch wird er sich's ersparen, sich und uns. Und wenn Du wieder fragst, warum? Weil er mich liebt. Ich hab' es ihm freilich schlecht gedankt. Ach, Ruben, Freund, was sind wir in unserem Thun und Wollen! Undank, Untreue . . . mir so verhaft! Und doch . . . ich thät' es wieder, alles, alles. Und ich will es nicht anders, als es ist."

Deutsches Reich.

* Berlin, 20. September. Über den Inhalt des national-liberalen Landtagswahlaufrufs, der erst heute abend veröffentlicht werden wird, teilt die National-Zeitung dies mit: "Der Aufruf, der die Haltung der national-liberalen Partei in der Vergangenheit erörtert und die zunächst in Preußen zu lösenden Aufgaben hervorhebt, weist auf die Notwendigkeit hin, unter Aufrechterhaltung der Toleranz und Gleichberechtigung des Staatslebens gegen die vom Ultramontanismus nach wie vor drohenden Gefahren zu schützen und andererseits diejenigen Gefahren abzuwehren, die von einer konservativen Mehrheit drohen würden."

Der freisinnige Landtagsabgeordnete Parisius kandidiert aus Gesundheitsrücksichten nicht mehr. Er hat den 1. Berliner Kreis seit 1867 vertreten.

Die verzögerte Neubesetzung der Chefspräsidentenstelle bei der preußischen Oberrechnungskammer wird in der National-Zeitung mit den Vorbereitungen eines Gesetzesvorschusses begründet, der einen besonderen Rechnungshof für das deutsche Reich einführe. Eine solche Vorlage beschäftigte bereits in der Session von 1872 den Reichstag und scheiterte damals, ebenso wie ein in der Session von 1874 vorgelegter Entwurf, an Prinzipienfragen, die seitdem erledigt worden. Man hat sich bis jetzt damit beholfen, daß alljährlich durch besonderes Gesetz die Vollmacht für die preußische Oberrechnungskammer verlängert wird, die Obliegenheiten eines Rechnungshofes für das Reich wahrzunehmen.

Die amtliche Berliner Korrespondenz schreibt: Der in der Tagesspreche mehrfach erwähnte Bescheid, den der Minister der geistlichen etc. Angelegenheiten in betreff des juristischen Studiums auf außerpreußischen Universitäten des deutschen Reiches erteilt hat, ist vom 12. September d. J. datiert und hat folgenden Wortlaut: "Auf die Anfrage vom 10. Sept d. J. erwähne ich Ihnen, daß diejenigen Vorlesungen und Übungen, die nach den in Preußen gestellten Bestimmungen zur Vollständigkeit des rechtswissenschaftlichen Studiums gehören, nunmehr auf allen Universitäten im deutschen Reich gehalten werden, und daß daher den Studierenden der Rechtswissenschaft bei jeder deutschen Juristenfakultät ausgiebige Gelegenheit geboten ist, den Anforderungen zu entsprechen, die in Preußen bei der Zulassung zu den juristischen Prüfungen bezüglich der Teilnahme an Vorlesungen und Übungen gestellt werden."

In acht gestern abend veranstalteten sozialdemokratischen Versammlungen ist eine gleichlautende Resolution angenommen worden, die sich gegen eine Einschränkung des Koalitionsrechts, besonders gegen eine Verschärfung der auf Kneitz zum Streit stehenden Strafe zu Buchthalstraße, ausspricht.

Hierzu L. B. meldet: Auf eine vertrauliche Ressortation Deutschlands erklärt Kardinal Rampolla, daß es dem Papst fern liege, irgendwelcher Macht das Schutrecht über ihre Unterthanen zu bestreiten. Der Papst habe das französische Schutrecht im Orient selbstverständlich nur da anerkannt, wo es tatsächlich besthebe, und insoweit es durch völkerrechtliche Verträge keine Einschränkungen erfahren habe.

Nach den Danz. Neuest. Nachr. wird der Zar vermutlich zur Einweihung des russischen Kriegerdenkmals am 27. September nach Danzig kommen; auch Kaiser Wilhelm dürfte von Rominten aus eintreffen.

Allianzpläne. Wie die Weserzeitung wissen will, arbeitet England an einer gemeinsamen Aktion mit Deutschland, Amerika und Japan, bestimmt, eine russisch-französische Vorherrschaft über China unmöglich zu machen, und ohne dem Zweisinde direkt feindlich gegenüber zu treten, doch dessen Einfluß in Grenzen zurückzudrängen, die den genannten vier Mächten (England, Deutschland, Amerika und Japan) mindestens gleiche Rechte und Vorteile im himmlischen Reich sichern sollen. "Der Natur der Sache nach beweigt sich das Programm der englischen Intentionen, vorläufig wenigstens, auf rein kommerziellem Gebiete. Man ist in Londoner offiziellen Kreisen überzeugt, daß eine endgültige Verständigung mit Deutschland über die in China zum Schutze der gemeinsamen Handelsinteressen zu führende Politik bereits erzielt ist. In Washington arbeitet Herr Chamberlain in demselben Sinne, auch er hatte einen so günstigen Bogen für die gedachte Quadrupel-Handelsentente (Vierbunds-Handelsabkommen) gefunden, daß an der Kooperation der Vereinigten Staaten kaum noch zu zweifeln wäre. Daß Japan nichts sehnlicher wünscht, als seine Sonderinteressen gleicherweise zu fördern, ist um so weniger fraglich, als die Entsiedlung des Marquis Ito, der am 11. September in Tientsin eintraf, deutlich genug für den Ent-

So vergingen die Januarwochen. Und nun war es die Nacht vor dem festgesetzten Tage. Melante hatte sich zu fröhler Stunde niedergelegt und ihrer alten Diennerin befohlen, sie Punkt drei zu wecken. Auf diese konnte sie sich unbedingt verlassen, trotzdem Christel ihren Dienstjahren, aber freilich auch nur diesen nach, zu jenen Erbstücken des Hauses gehörte, die sich unter Duquedes Führung in einer stilen Opposition gegen Melante gefieben.

Und kaum daß es drei geschlagen, so war Christel da, fand aber ihre Herrin schon auf und konnte derselben nur noch beim Ankleiden behilflich sein. Und auch das war nicht viel, denn es zitterten ihr die Hände, und sie hatte, wie sie sich ausdrückte, "einen Flimmer vor den Augen". Endlich aber war doch alles fertig, der feste Federstiel saß, und Melante sagte: "So ist's gut, Christel. Und nun gib die Handtasche her, daß wir packen können."

Christel holte die Tasche, die dicht am Fenster auf einer Spiegelkonsole stand und öffnete das Schloß. "Hier, das du hinein. Ich hab' alles aufgeschrieben." Und Melante riss, als sie dies sagte, ein Blatt aus ihrem Notizbuch und gab es der Alten. Diese hielt den Zettel neben das Licht und las und schüttelte den Kopf.

"Ach meine gute, liebe Frau, das ist ja gar nichts . . . Ach meine liebe, gute Frau, Sie sind ja . . ."

"So verwöhnt, willst Du sagen. Ja, Christel, das bin ich. Aber Verwöhnung ist kein Glück. Ihr habt hier ein Sprichwort: "Wenig mit Liebe." Und die Leute lachen darüber. Aber über das Wahrste wird immer gelacht. Und dann, wir gehen ja nicht aus der Welt. Wir reisen bloß. Und auf Reisen heißt es: Leicht Gepäck. Und sage selbst, Christel, ich kann doch nicht mit einem Koffer aus dem Hause gehen. Da fehlt bloß noch der Schmuck und die Kassette."

(Fortsetzung folgt.)

schluß Japans spricht, sein Interesse in China auch fernerhin auf das kräftigste zu schützen. In Peking wird Marquis Ito Lord Beresford treffen, welcher der eigentliche Träger der englischen Intentionen ist, besonders ausgesandt, um der neuen Politik Großbritanniens die Wege zu ebnen. Es heißt, daß der außerordentliche japanische Gesandte angewiesen ist, die Voraussetzungen für ein chinesisch-japanisches Offensiv- und Defensivbündnis zu vereinbaren."

Nach einer Meldung des Neuterschen Bureaus aus Peking hatte Marquis Ito am Freitag eine Audienz im Tsung-ki-Yamen und tauschte dann Besuche mit den Ministern und auch mit Li-hung-Tchang aus. Am nächsten Dienstag wird er vom Kaiser empfangen werden. Aus Washington wird gemeldet, daß dort vom chinesischen Gesandten ein Kontakt mit der chinesischen Regierung unterzeichnet wurde, der einer amerikanischen Gruppe die Konzession für den Bau einer Eisenbahn von Kanton nach Hankow gewährt.

So drängen sich die Bündnis-Gerichte.

Die Freisinnige Vereinigung hat ihre Wahlkundgebung in der Form eines für die Öffentlichkeit bestimmten Schreibens bereits an ihre Mitglieder erlassen. Es heißt darin:

Würde der Plan der Konservativen gelingen, sich im preußischen Abgeordnetenhaus eine doppelte Majorität — teils mit den Freikonservativen, teils mit dem Centrum — zu sichern, so ständen wir vor einer weiteren gefährlicheren rücksichtlichen Bewegung in Gesetzgebung und Verwaltung. Der Versuch, ein freibetriebsförderliches Verfassungsgesetz und Vereinsgesetz für Preußen zu schaffen, ist in der letzten Session nur mit einer Majorität von wenigen Stimmen zurückgewiesen. Gelingt es den Konservativen und Freikonservativen, auch nur sechs neue Sitze zu gewinnen, so würde dieser Versuch unverhältnißmäßig mit Erfolg erneuert werden. Auch das nur mit geringer Majorität abgelehnte Assessoren-Gesetz würde wieder eingebrochen werden. Ähnliche Versuche auf anderen, zur Kompetenz des Reiches gehörigen Gebieten würden folgen und damit ein unheilvoller, in seinen Wirkungen unabsehbarer Gegensatz zwischen der Volksvertretung des Reichs und denjenigen des größten Einzelstaates geschaffen werden. Große Gefahren drohen der Schule und der Freiheit der Wissenschaft. Wird der konservative Einfluß durch die bevorstehenden Abgeordnetenwahlen verstärkt, so wird mit noch größerem Nachdruck als bisher die Biedervorlegung des Beblischen Schulgesetzentwurfs verlangt werden.

Nicht minder notwendig ist eine starke, liberale Grundhöhe zur Geltung bringende Kontrolle der gesamten inneren Verwaltung. Daß eine solche Kontrolle unentbehrlich ist, haben die Verhandlungen über die Handhabung des Versammlungsrechts in Pommern weiten Kreisen besonders zum Bewußtsein gebracht.

Die wichtigsten positiven Aufgaben treten in den nächsten Jahren an den Landtag heran. Das seit Jahrzehnten verurteilte Dreiklassenwahlrecht mit der öffentlichen Abstimmung ist, seitdem dasselbe infolge der neuen Steuergesetze noch erheblich verschlechtert wurde, völlig unhalbar geworden. Auch das Gemeindewahlrecht bedarf nach dem Zugeständnis der Staatsregierung einer Nachprüfung.

Wie aber „reformiert“ werden soll, darüber schweigt das Mückert Höflichkeit. Das Schreiben schließt, warm begrüßt von der Nationalzeitung, so:

Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn die liberalen Elemente im Abgeordnetenhaus erheblich verstärkt werden. Vor allem aber gilt es jetzt, durch gemeinsames energisches Vorgehen der Liberalen und durch Bekämpfung der Lässigkeit und Gleisgängigkeit zu verhindern, daß das zu wählende preußische Abgeordnetenhaus eine Stütze werde für weitgehende reaktionäre und extreme agrarische Forderungen. Unsere Gesinnungsgenossen bitten wir, mit ganzer Kraft auf eine Verständigung unter den Liberalen und auf die Aufführung gemeinsamer Kandidaten hinzuwirken.

Kiel, 19. Sept. (Neue Torpedoboote.) Bekanntlich hat die Schiffswerft F. Schichau in Elbing unlängst den Bau der für das laufende Rechnungsjahr bewilligten Torpedoboote in Auftrag erhalten. Während nun früher teils eine Division von 8 kleineren Torpedoboote und ein größeres Divisionsboot gebaut wurde, werden jetzt Divisionen von 6 Stück gebaut; dafür erhalten die Boote aber eine Größe, die der eines der älteren Divisionsboote entspricht. Auch werden sie in ihren Abmessungen alle einander gleich. Außerdem sollen sie bei voller Ausrüstung und bei schlechtem Wetter noch eine Geschwindigkeit von 25—26 Knoten zu entwickeln im stande sein.

Das illustriert wieder prächtig den „Stillstand in der Marinetechnik“, von dem bei der Beratung des Flottengesetzes die Rede war. Auch hier scheint sich also eine Wandlung zu vollziehen, die in ihren finanziellen Folgen für die deutschen Steuerzahler noch recht interessante Momente zeitigen dürfte.

Düsseldorf, 19. September. Auf dem Naturforscher- und Aerztetag besprach Professor Dr. Tillmanns-Berlin die Wirkung der modernen Geschosse und verurteilte die von den Engländern in den indischen Feldzügen verwendeten Dumb-dum-Geschosse.

München, 19. September. Der ultramontane Bayerische Kurier bezeichnet nach einer Meldung aus Regensburg die Meldung der Münchener Neuest. Nachr., daß der Bischof von Regensburg den Theologiestudierenden den Besuch der Universität Würzburg verboten habe, als „unwahr“. Es wird sich voraussichtlich um den altgewohnten Ussus handeln, schreibt das genannte Blatt, „nach dem der Bischof von Regensburg den Kandidaten der Theologie überhaupt den Besuch einer deutschen Universität verbietet. Eine Stellungnahme gegen Professor Schell ist erfreulicherweise seitens keines deutschen Bischofs bekannt geworden.“ Auch ein schönes Dementi!

kleine politische Nachrichten. Die National-Zeitung schreibt: „Um den, in gewissen Blättern immer wiederkehrenden, willkürlichen und übertriebenen Schätzungen des vom Fürsten v. Bismarck hinterlassenen Vermögens und den dazu beliebten Kommentaren entgegenzutreten, sind wir von bestuntersetzter Seite zu der Mitteilung ermächtigt, daß das ganze Kapital- und Barvermögen des Nachlasses noch nicht zweieinhalb Millionen Mark betragen hat, und daß er für die Erben mit bedeutenden jährlichen Leistungen und Abgaben belastet ist. Am Pretiosen sind nur mehrere Orden in Brillanten und eine Anzahl unveräußerlicher silberner Schmuckstücke vorhanden, deren Geldwert insgesamt erheblich unter 150 000 Mark angenommen ist.“ Wirklich? — Verhaftet wurde in Breslau am Sonnabend der Stadtvorsteher, Provinziallandtagsabgeordnete, Vorstandsmitglied der Genossenschaft Schlesiens, Verlagsbuchhändler Emil Morgenstern. Dem Verhafteten wird zur Last gelegt, 80 000 Mark zum Schaden der Centralstiftung der Gewerbe- und Wirtschaftsgenossenschaft Schlesiens untergeschlagen zu haben. — Das männliche Personal der freiwilligen Krankenpflege auf dem Kriegsschauplatz erhält durch eine kaiserliche Verordnung eine neue Entlohnung, Bekleidung und Ausstattung. Hierdurch zerfällt das Personal in Lazarett-, Begleit-, Transport- und Depotpersonal, das in je einem Zug zu je zwei Sektionen (24 bzw. 12 Mann) unter einem Zugführer eingeteilt wird. Die Bekleidung besteht aus Hosen von grauem Tuch mit Schulterklappen von gleichem Stoff und auf dem Umschlagkragen das rote Kreuz auf weißem Untergrunde, Mantel und Mantel sind vom selben Stoff; die Mütze ist weiß mit schwarzem Stand-

und Sturmriemen — In der Klage Björnsons gegen die Münchener Neuesten Nachrichten wegen einer Kritik seines Briefes an Böla hat das Landgericht München I entgegen der Entscheidung des Amtsgerichts München I das Hauptverfahren eröffnet. — Von Interesse ist vielleicht auch der Empfang, der den Vertretern der verschiedenen Höfe bei der Beisetzungsfest in Wien bereitet wurde. Den Könige von Sachsen und den deutschen Kaiser empfing am Bahnhof der Kaiser selbst; den Großfürsten Alexius von Russland, den Kronprinzen von Italien, den König von Serbien und den Prinzregenten von Bayern erwartete bei der Ankunft am Bahnhof ein Erzherzog. Den anderen Fürstlichkeiten, so dem König von Rumänien, wurde kein besonderer Empfang bereitet. — Zum Ablösungsvorschlag des Barons wird gemeldet, der Bar pflege derzeit einen persönlichen Briefwechsel mit anderen europäischen Souveränen bezüglich Feststellung eines Programms für die „Friedenskonferenz“. — An Stelle des verhafteten Schneidersmeisters Holm ist in Copenhagen als sozialdemokratischer Kandidat für das Volkstheater der Stadtverordnete cand. phil. F. J. Vorbaerg aufgestellt. Die Erstwahl wird am 28. Septbr. vorgenommen. — Die Königinnen Regentin von Spanien antwortete auf das Rundschreiben des russischen Ministers des Auswärtigen, Grafen Murawien, und hebt rühmend die Anregung des Barons hervor. Sie begnügt ihre volle Übereinstimmung damit. Ein spanischer Delegierter wird zu der Konferenz ernannt werden, sobald diese zusammentritt. — Bei der Erstwahl zum englischen Unterhause in Darlington wurde an Stelle des verstorbenen Unionisten Pease dessen Sohn Vice Pease, ebenfalls Unionist, mit 2497 Stimmen gewählt. Der liberale Kandidat Phillips erhielt 2089 Stimmen; die unionistische Mehrheit ist diesmal wesentlich größer, als bei der letzten Wahl im Jahre 1895. — Die portugiesische Regierung lädt „offiziell“ erklären, daß alle Meldungen von der Abtreten der Delegationen an England unrichtig seien. — Bei den Ergänzungswahlen zur bulgarischen Sobranje für 9 Deputiertenstühle wurden durchweg Kandidaten der Nationalpartei gewählt, darunter in Sofia der Justizminister Bojew. Radoslawov ist bei der Wahl unterlegen. Die Wahlen haben sich nach dem neuen Wahlgesetz, „unter der Kontrolle der Richter und der Kandidaten vollzogen“. Die Ordnung wurde nirgends gestört. — Die Abschaffung der Todesstrafe wird dem Bernehm von der Ausschau, der mit der Revision des jüdischen Gesetzbuches betrachtet wird, beantragen. — Eine internationale Leibwache hat sich der Herrscher von Korea angelegt. Neun Amerikaner, neun Engländer, fünf Deutsche, fünf Franzosen und zwei Russen, die in Shanghai als Leibwache angeworben wurden, sind in Südl. eingetroffen. — Die Times berichtet aus Peking von gestern, infolge der Vorstellungen der beiden Regierungen habe das Tsung-ki-Yamen den Generaldirektor der Eisenbahnen angewiesen, die Verhandlungen mit der Hongkong-Shanghai-Bahn wegen Abschlusses einer Anleihe zur Weiterführung der Mutschwang-Eisenbahn wieder aufzunehmen und zu Ende zu führen.

Frankreich.

Ein „Manifest“. — Die „Ehren“legion.

Paris, 19. September. Der Herzog von Orleans, der eitle Reklameheld, hat ein „Manifest“ veröffentlicht, in dem er sagt: „Die Minister haben sich zu Märschällen eines Komplottes gemacht. Trotz der Versicherung mehrerer Kriegsminister erkennen sie die Schuld Dreyfus' nicht an. Sie weigern sich, die Kammern zu besprechen, und haben doch soeben eine nationale Frage entschieden. Sie suchen zu ihrem Vorteile die in der Kammer abgegebene Erklärung zu travestieren, daß wir Herren in unserem Hause sind. Unter dem Vorwande, die Unschuld eines Mannes, der als Verräter verurteilt ist, festzustellen, will man die Armee vernichten und Frankreich verderben!“ Das Manifest schließt: „Franzosen! Dies werden wir nicht zulassen!“

Der Redakteur des Temps erhielt vom Großkanzler der Ehrenlegion die Mitteilung, daß er vor einer Untersuchungskommission gestellt werden würde, weil er in verschiedenen

Vollversammlungen, in denen die Armee angegriffen wurde, den Vorwurf geführt habe.

Spanien.

Die Opfer.

Madrid, 19. Septbr. (Wolfs Tel.-Bur.) Von 1000 spanischen Soldaten, die auf dem Dampfer San Ignacio von Cuba nach der Heimat zurückgeschafft wurden, starben während der Fahrt 123. Man misst die Schuld an diesen Todessäcken dem Umstände zu, daß die Amerikaner die Spanier zwangen, ihre Kranken einzuschiffen, um ihre eigenen Kranken in den Spitäler unterbringen zu können.

Südamerika.

Der Grenzstreit.

Die Times meldet aus Buenos Aires: Der Grenzstreit zwischen Chile und Argentinien ist beigelegt. Die Regierungen beider Länder werden die britische Regierung von der Markierung der Grenzlinie verständigen, über die sie sich bereits geeinigt haben, und ihr wegen Meinungsverschiedenheiten über einzelne Punkte der Linie besondere Schriftstücke zugehen lassen, damit die britische Regierung die Grenzlinie endgültig festsetzen möge. Die Dokumente der argentinischen Regierung sind bereits vorbereitet.

Soziale Rundschau.

Für alle im Handels-, Transport- und Verkehrsverkehr beschäftigten Arbeiter Deutschlands wird auf den 25. Dezember dieses Jahres ein allgemeiner Berufskongress nach Kassel, in Buchbachs Hotel, Obere Schäfergasse 14, einberufen. Als provvisorische Tagesordnung ist in Vorschlag gebracht worden:

1. Die Unfallversicherungsgesetzgebung mit besonderer Berücksichtigung unseres Berufes;
2. Die §§ 815 und 816 des Kleinbahngesetzes und ihre Anwendung auf die Straßenbahnen;
3. Das Faisko der Sozialreform im Handelsgewerbe und die Sonntagsruhe im Verkehrsverkehr;
4. Wie stellen wir uns zur Schaffung eines Widerstandsfonds;
5. Anträge und Berufsanliegenheiten. — Die Kollegen allerorts werden gebeten, zu diesen Vorschlägen in öffentlichen Versammlungen Stellung zu nehmen; eventuelle Anträge müssen bis spätestens den 1. November in Händen des Unterzeichneter sein. Die Delegierten sind in öffentlichen Versammlungen zu wählen. Mandatsformulare sind beim Unterzeichneter zu haben. Zurück zu dem Kongress haben alle auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden, in öffentlichen Versammlungen gewählten Delegierten, gleichviel welcher Richtung der Organisation die selben angehören. Mit kollegialem Gruß. Die Redaktion des Courier. J. A.: Joh. Hofmann, Berlin, Friedenstraße 106. — Alle Anfragen den Kongress betreffend sind an obige Adresse zu richten.

Die Einbehaltung eines Teils des Gehaltes jugendlicher Arbeiter zu dem Zwecke, diese zum Sparen zu zwingen, ist von verschiedenen Behörden Preußens unter den Fabrikanten angeregt worden. Da der Erfolg hinter den Erwartungen zurückblieb, richtete der Regierungspräsident von Düssel-

dorf einen neuen Erlass an die Handelskammer seines Bezirks. In der Handelskammer in Bremen, wo man sich am Sonnabend mit dieser Sache beschäftigte, war die Stimmung aber sehr entschieden gegen den Sparzwang. Die Bremser Zeitung teilt darüber mit: Der Vorsitzende der Kammer, Kommerzienrat Barthels, erklärte, er könne sich schon deshalb nicht zur Einführung des Sparfassenzwanges für seine jugendlichen Arbeitern entschließen, weil ein steter Mangel an jugendlichen Arbeitern trotz der sehr guten Löhne sich fühlbar mache und dieser Mangel sich durch den Sparfassenzwang noch als drückender erweisen werde. Herr Hinberg protestierte unter Beifall der Versammlung gegen die irrtümliche Ansicht des Regierungspräsidenten, als ob den Fabrikanten ein fiktives Recht auf Einhaltung von Ersparnissen gegeben sei. Herr Steinhoff beantragte, dem Regierungspräsidenten mitzuteilen, daß es allmählich des Zwanges genug sei und die Kammer dessen weitere Förderung ablehne. Die Versammlung erklärte schließlich die Mitteilung des Regierungspräsidenten durch Kenntnisnahme für erledigt.

ss. Mylau, 19. September. Der Aufstand der Arbeiter bei der Firma Franz Neubert jun. ist als beendet anzusehen. Die Betriebskranklasse, mit deren Gründung die Arbeiter familiär nicht einverstanden waren, ist bis jetzt noch nicht errichtet worden, auch erklären die Beamten des Herrn Neubert, ihr Chef habe diese Absicht aufgegeben, doch hat das Streikkomitee von Herrn Neubert diese Aussage nicht erhalten, auch hat keiner von den Aufständigen die Arbeit wieder bei ihm aufgenommen. Letztere sind bis auf einige in andere Fabriken eingetreten.

Der Vorsitzende des Gewerksvereins christlicher Bergleute, Bergmann August Brust in Bochum, hat seinen Posten niedergelegt. Er sei es überdrüssig, schreibt er, sich fortwährenden Angriffen auszusetzen, er wolle lieber handarbeiten. Die Hauptaufgabe des Bildhauers Brust soll eine kürzlich abgehaltene Versammlung sein, in der der Vorsitzende des Vereins christlicher Bergleute Brust betrunken war und allerhand krauses Zeug redete.

Braunschweig, 19. September. Am Sonnabend ist die Glashütte von Limberg u. Co. in Gifhorn vollständig niedergebrannt. 130 Arbeiter sind dadurch brotlos geworden. Man glaubt, daß Brandstiftung vorliegt.

km. Alschersleben, 18. Sept. Die 2. Konferenz der Berg- und Fabrikarbeiter des Magdeburg-Harzer Beckens fand hier in Schräbers Hotel statt. Vertreten waren 7 Orte durch 22 Delegierte, außerdem ein Vertreter der Halberstädter Agitations-Kommission der Fabrik- und Handarbeiter. Über Agitation und Organisation sprach Genossen Hakenholz-Schloßburg. Aus dem von ihm erstellten Bericht ist zu erschließen, daß die Organisation der hauptsächlich im Kali- und Braunkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter des Magdeburg-Harzer Beckens im vergangenen Jahre seit Bestehen der Agitationskommission gute, zum Teil recht erfreuliche Fortschritte gemacht hat. Allerdings weiß der Referent auch von dem ungeheueren Druck zu berichten, der hauptsächlich in den fiktionalen Salzbergwerken Stolzenburg ausgeübt wird. Ferner ist es der Bürgermeister von Schloßburg, Herr Reinhardt, der in Sozialentwickel und dergleichen großartiges leistet. Wie vor kurzem in einer Gerichtsverhandlung gegen Genossen Hakenholz der Bürgermeister unumwunden angeben mußte, hat dieser anfangs der 90er Jahre als Vorsteher eines Arbeitgeber-Verbandes schwarze Listen in Masse in Umlauf gelegt und die ihm unterstellten Polizeibeamten angezeigt, der Sozialdemokratie zugehörige Arbeiter zu überwachen.

Der Bericht der Delegierten aus den benachbarten Städten deckt sich im wesentlichen mit den Ausführungen des Referenten. Beschlossen wurde, die Kommission wie bisher als fünfgliedrige Korporation zu lassen. Der anwesende Bergmann M. Horst aus dem Zeitz-Weißensee-Mühlenrevier referierte sodann über die Misstände im Knappenhäusl- und Kraneklassenwesen. Er lieferte in großen Zügen ein Bild der Lage alter deutschen Knappenhäuser im allgemeinen. In einigen drastischen Beispielen zeigte er sodann die Unschulbarkeit der jeweiligen Gestalt dieser Klassen. Er fordert zunächst Vereinheitlichung resp. Verstaatlichung des Knappenhäuslers, Selbstverwaltung durch die Arbeiter, freie Wählerecht und Zulassung von Naturheilkundigen. Im Jahre 1900 soll eine Änderung des Statuts der Kasse des Halberstädter Knappenhäuslervereins vorgenommen werden. Der Referent erucht die Delegierten, sofort mit der Agitation in dem von ihm angeregten Sinne zu beginnen. Einstimig wurde sodann eine Resolution, die sich schwer gegen jeden Versuch, das bestehende Koalitionsrecht anstreben zu wollen, wendet, angenommen.

Nach einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schließt die Konferenz. Sie hat gezeigt, daß die Organisation auch in den Kreisen der Berg- und Hüttenarbeiter immer mehr Einzug findet.

Aus der Partei.

Zu den preußischen Landtagswahlen. Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Höchst-Homburg-Uisingen beschloß selbständige Beteiligung an den Landtagswahlen für alle Orte des Wahlkreises, wo eine Beteiligung möglich ist. Wo die Voraussetzungen nicht gegeben sind, in eine selbständige Beteiligung einzutreten, ist den Partheigenossen zu empfehlen, für die Wahlmänner der freisinnigen Partei einzutreten.

Eine Parteiversammlung in Hannover nahm eine Resolution an, deren Hauptfälle lauteten:

Die Sozialdemokratie im 8. hannoverschen Wahlkreise beteiligt sich an der bevorstehenden Wahl zweier Abgeordneten zum preußischen Landtag unter Aussicht eigener Kandidaten und eigener Wahlmänner.

In Wahlbezirken, in denen bei den Urwahlen eine verhältnismäßige Mehrheit für die Wahlmänner der sozialdemokratischen Partei nicht erreicht wird, sind bei den vorzunehmenden Stichwahlen die Wahlmänner der freisinnigen oder der welfischen Partei zu wählen.

Wo die Sozialdemokratie in einem der Wahlkreise die Mehrheit der zur Wahl eines Abgeordneten erforderlichen Wahlmänner nicht erreicht, treten die sozialdemokratischen Wahlmänner für denselben Kandidaten der genannten bürgerlichen Oppositionsparteien ein, der die günstigste Aussicht hat, das Mandat zu erringen.

d. Essen, 19. September. In der am Sonntag abgehaltenen Kreiskonferenz sprachen sich sämtliche Delegierte für Beteiligung an der Landtagswahl aus, jedoch unter Vermeidung von Abmachungen mit anderen Parteien.

Die Kreiskonferenz erucht den Parteitag um Aufhebung des Zusatzantrages Mittag zur Bebel'schen Resolution, Landtagswahl betreffend.

Hierzu eine Bellage.

Vorläufige Mitteilung.

Dienstag den 27. September abends 1½ Uhr

Volkssammlungen.

Für die Stadt: Pantheon, Dresdener Strasse.

Für den Osten: Albertgarten.

Für den Süden: Goldene Krone.

Für den Westen: Felsenkeller. Für den Norden: Birkenschlösschen, Wahren.

N.B. Die Bedrohung des Koalitionsrechtes bedarf des gemeinsamen Handelns aller Arbeiter.
Frisch auf zur Agitation!

Das Agitationskomitee.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch den 21. September abends 7 Uhr

Öffentl. Versammlung im Pantheon, Dresdener Str.

Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission betr. Gründung einer Bahnhofs-, eventuell Wahl einer Volksverwaltung.

2. Gewerkschaftliches.

Zutritt nur gegen Vorzeichen des Mitgliedsbuches.

Bahnhofsvorstand erwartet

Die Kommission.

Achtung, Metallarbeiter!

Freitag den 23. September abends 1½ Uhr

Große öffentliche Versammlung

im Saale des Felsenkellers zu L.-Plagwitz.

Tagesordnung: 1. Die Berufsausbildung der Metallarbeiter in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Referent: Herr Ingenieur Grempe aus Berlin. 2. Unternehmerwillkür und die Zustände in den Fabriken von A. Weizelbach Nachfl., von Wiegand u. Seyfarth u. anderen mehr. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ersuchen wir, diese Versammlung recht zahlreich zu besuchen.

8866] Das Agitationskomitee.

Verein Vorwärts L.-Süd.

Donnerstag den 22. September abends 1½ Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Saale des Gambrinus zu Connewitz.

Tagesordnung: 1. Steuerberichtigung und Aufnahme neuer Mitglieder.

2. Bericht über: Die politische Lage. 3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten.

Referent: Genosse Ernst Grenz.

Bahnhofsvorstand erwartet

[8855] Der Vorstand.

Deutscher Arbeiter-Stenographenbund.

System „Arends“.

Ein unentgeltlicher Unterricht für jedermann beginnt

Donnerstag den 22. September abends 1½ Uhr im Restaurant Schönheit,

S.-Neureuthstr., Sibitterstrasse, sowie

Mittwoch den 28. September abends 1½ Uhr im Restaurant zum Deutschen

Haus, Sibitterstr. — Beismittel 50 Pfg.

[8867]

Nur durch großweisen Bezug
aus ersten Fabriken kann ich jede
Taschen-Uhrfeder
garantiert u. nachweislich erste Güte
für **75 Pfg.** einzusehen.
Für Haltbarkeit 3 Jahre Garantie.
Die alte (zerbrochene) Feder wird sofort
zurückgegeben.

M. Kemski
Bünzberger Str. 6
Specialgeschäft für Uhren.

Möbel und Polsterwaren

eigener Anfertigung von den einfachsten bis zu den elegantesten und zu wirklich
billigen Preisen faust man bei

Ernst Rehm vorm. H. Lange
L.-Lindenau, Nähe der Post, Querstr. 4.
Komplette Zimmer-Einrichtungen sowie einzelne Möbel
stets in großer Auswahl am Lager.

PATENTE. Gebrauchs-Muster.

Markenschutz beim Kaiserl. Patentamt besorgt:

Ed. Breslauer, Ingenieur Goethestrasse 7.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Morgenstern in Leipzig.

Stadtverordneten-Wahlkomitee.

Donnerstag, 22. Septbr., abends 8 Uhr

Versammlung

im Restaurant Spich, Seeburgstraße.

Rest. König Alberthbrücke, Lindenstr.

Freunde und Genossen vergeht den

jaunten Richard nicht.

[8868]

Gut u. billig

Naethers Reform-Kinderwagen Mk. 14.—

Puppenwagen m. Woll-

gardinen Mk. 1,50

Reisekörbe Mk. 3.—

Verstellb. Kinderstühle

Mk. 4,50

Robert Barth, Kurprinzstrasse 24,

Ecke Windmühlenstr.

[8869]

Reparaturen

an Uhren aller Art

zu meinen bekannt billigen

Preisen.

[8870]

Gedreieisenken 1 Mt.

Garantie 1 Jahr.

Glas, Seiger, Uhrriegel à 10 Pfg.

Große Auswahl in Uhren aller Art.

Leiter 10 Prozent Rabatt.

C. Hammer, Uhrmacher

Wintergartenstr. 15 a. Krystallpalast.

5. Alle Herren 5.

Wünschen sich elegant, dabei sehr billig
kleidet, empfehle neue u. wenig getragene
Anzüge, sog. Monats-Garderobe, Grads-
Hosen, Herbst-Miederzieh., Gesellschafts-
Anzüge auch leihweise bei

5. Schaul, Barfuß-, gässchen

5, I.

[8871]

Monatsgarderobe.

Großleute in reicher Auswahl allerfeinstes

Herbst-Paletots, kompl. Anzüge,

Jacketts, Blinfeld u. Elegante Grads- und

Gesellschaftsanzüge auch leihweise.

[8872]

N.B. Um Irrtum zu vermeiden, bitte

ich zu beachten, daß ein Zweiggeschäft von

mir am Platze nicht besteht.

J. Kindermann, Salzgäßchen 9.

Für nur 2,75 Mr. wird ein Anzug

repariertlich gewaschen u. wie neu vorgerichtet.

Reparaturen billig bei G. Henrich,

Schneiderstr. Matthäikirchhof 24, h. II.

Studierende halbe Preise.



Werestchagin-Ausstellung
Napoleon I. in Russland 1812 und Reproduktionen der Gemälde aus dem Russisch-Türkischen Krieg
Museum (Leipziger Kunstraum) Augustusplatz [8798]
Täglich 10—5 Uhr. Sonntags 10½ Uhr. Eintritt 50 Pfg.
Nur kurze Zeit.

Hotel und Restaurant
Europäische Börsenhalle
Katharinenstr. 12.
Täglich Konzert
der so schnell beliebt geword. Schwäb. Familienkapelle „Wagemann“.
Jederzeit Specialgerichte zu kleinen Preisen sowie die bekannten Kaffeekuppen. Exquisite Biere, Hochachtungsvoll Karl Schade.

Konkurs-Ausverkauf
in Leipzig-Gohlis, Neuhäre Hallestrasse 33.
Das zur Hallbauerschen Konkursmasse gehörige Warenlager, bestehend aus: Buckskin, Cheviot, Rammgarn, Diagonal, Croisé, Paletotstoff u. s. w. durchgängig moderne Ware, soll zu bedeutend herabgesetzten Preisen ausverkauft werden.

Der Konkursverwalter.

Nachdruck verboten.

Herzensbeklemmungen.
Warum ist Dir das Herz so schwer,
Und warum so bekommnis? Ich spreche: Da ist zu helfen Dir, Dein Herz, das wird gesunden — Zur Goldnen 24“ hier heißt trefflich solche Wunden.

Die Herzigkeit rückt ja heran
Und pleite ging mein Schnelde. Ich spreche: Da ist zu helfen Dir, Dein Herz, das wird gesunden — Zur Goldnen 24“ hier heißt trefflich solche Wunden.

Jetzt im Räumungs-Ausverkauf!
Ein Posten Herren-Anzüge früher Mr. 9, 12, 15, 20, 24, 28, 40 jetzt Mr. 6, 8, 10, 13, 16, 20, 24
Ein Posten Herren-Paletots früher Mr. 10, 14, 16, 20, 24, 30, 40 jetzt Mr. 6½ 8, 10, 12, 15, 20, 25
Ein Posten Herren-Mäntel früher Mr. 12, 15, 18, 21, 28, 36 jetzt Mr. 8, 10, 12, 15, 17, 20
Ein Posten Herren-Jackets früher Mr. 7½, 9, 10, 12, 15, 18½, 20 jetzt Mr. 4½, 6½, 7½, 9, 10, 12½, 14
Ein Posten Herren-Hosen früher Mr. 8½, 5, 7, 8, 9, 10, 12, 14 jetzt Mr. 2, 3, 4½, 5, 6, 7½, 8½, 10
Ein Posten Burschen-Anzüge früher Mr. 7½, 8½, 11, 14, 15, 18, 20, 24 jetzt Mr. 5, 6, 7½, 9, 10, 11, 13½, 17
Ein Posten Knaben-Anzüge früher Mr. 2½, 3, 4, 5, 6½, 8, 10 jetzt Mr. 1½, 2, 3, 4½, 5, 6, 7½, 9½, 10
Georg Simon zur Georg Simon zur [8870]

„Goldnen 24“
1. Etage, 24 Grimmaische Straße 24, 1. Etage.
Frack-Verleih-Institut.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. G. Morgenstern in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.



Wie man Abrüsten konjugiert.



Gegenwart.
Rußland: Ich rüste ab 2:5



Zukunft.
England: Ich werbe abrüsten.



Vergangenheit.
Spanien: Ich rüstete ab . . . , weil ich mußte.



Befindungsform.
Italien: Ich würde abrüsten . . . , wenn . . .



Befehlsform.
Frankreich: Rüste ab!



Nennform.
Deutschland: Abrüsten?! Blech!

Gemeinde-Zeitung.

Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet Mittwoch den 21. September 1898 abends 6 $\frac{1}{2}$ Uhr im Sitzungssaale am Naschmarkt statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.:

Wahl von 4 Stadtverordneten und 8 Bürgern in den gesuchten ständigen Ausschuss für die diesjährige Stadtverordnetenwahl; Gewährung eines einmaligen Beitrages aus städtischen Mitteln und Überweisung von Doubletten aus der Treitscheschen Bibliothek an die in der Stadt Posen zu begründende Kaiser Wilhelm-Stiftung; Einrichtung einer Habes-einrichtung in dem für die Obdachlosen erbauten neuen Wohngebäude in Leipzig-Thonberg; Beschaffung einer Perron-Uhr für das Wohnhaus und die Baracken für Obdachlose in Leipzig-Thonberg; Gewährung eines Beitrages zu den Kosten für die Anschaffung einer Feuerspritze an die Gemeinde Portitz; Erlass einer Arbeitsordnung für den Gräbendorfer Steinbruch etc. und die hiermit im Zusammenhange stehende Eingabe der im

Steinbruch Gräbendorf beschäftigten Arbeiter bezüglich ihrer Lohnverhältnisse etc.; Eingabe der Herren Bauze und Genossen im Auftrage einer öffentlichen Geschäftsführer-Versammlung vom 23. November 1897 in betreff des Betriebes der elektrischen Straßenbahnen etc.

Vereine und Versammlungen.

In der öffentlichen Versammlung der Marktheller, Autischer etc., die am 17. September im Pantheon stattfand, hielt zunächst Kollege Joh. Rein-Berlin einen Vortrag über: Die Vorteile und Forderungen der Verufsorganisation. Er wies unter anderem auf den Buchausgabentwurf hin und wie sich unsere Arbeitgeber ebenfalls fest zusammenschließen. An Ihnen sollten sich die Arbeitgeber ein Vorbild nehmen und nicht wie in unserem Berufe indifferent bei Seite stehen. Die Verufsorganisation hat sich die Aufgabe gestellt, die Lebenslage der Arbeiter zu heben und ihnen ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Werbt und wirkt an den Dissidenten und führt sie unserer Organisation zu. (Beifall.) Die Diskussion wurde eine lebhafte und war nur zu bedauern, daß auf

Aufforderung des überwachten Beamten wegen vorgerückter Zeit die Versammlung vertagt werden mußte.

Der Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker hielt am 15. September seine ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Bericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß im letzten Halbjahr vier Versammlungen und neun Vorstandssitzungen abgehalten wurden. Der Bestand der Mitglieder am 1. September betrug 108. Außerdem hatten sich am Tage der Versammlung weitere sechs Kollegen angemeldet. Unterstützungen wurden gezahlt an einen Durchreisenden 8 M. Der Kassenbericht bilanzierte mit 1168,10 M. und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Die Abschöpfung vom Stiftungsfest ergab ein Plus von 101,40 M. In der darauffolgenden Vorstandswahl wurden wiedergewählt die Kollegen Eb. Basse, Vorsitzender, Bierling, Kassierer, Schimpf, Schriftführer, Raciwitz, Schaarichmidt, Edwin Vogel, Schübel, neu gewählt Ammon und Höhle, Beißiger. Die Kollegen G. Schmidt, Birke und Altwine wurden als Erstplatzierte, Hob. Schumann, Berndt als Reserve gewählt. Zum letzten Punkt der Tagesordnung: Verschiedenes bringt Kollege Bierling die Mitteilnde bei der Henna Oskar Sperling zur Sprache, u. a., daß zwei Kollegen während ihrer

Krankheit die Kündigung zugeschickt worden ist. Ein Kollege davon war 11 Jahr, der andere 3 Jahr bei der Firma thätig. Sobald kritisiert er noch in scharfen Worten das Verhalten des Kollegen. D. bestreitet dies, bleibt aber die Auskunft, in welcher Weise ihm die Überstunden bezahlt werden, schuldig. Nachdem noch offene Beratungsangelegenheiten erledigt, wird die stets gut besuchte Versammlung gegen 10 Uhr geschlossen.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

r. Schutz den „Arbeitswilligen“ und kein Ende! Schon wieder hatte sich das Landgericht Dresden in zwei Hauptverhandlungen mit „Streitvergehen“ zu beschäftigen. In dem einen Falle sollen sich zwei Bauarbeiter gegen § 153 der Gewerbeordnung vergangen haben, indem sie einen anderen durch Drohungen zu bewegen versuchten, am Streit der Bauarbeiter teilzunehmen. Als Haftbelastungszunge trat der „Bedrohte“, im wiederholt bestrafter und als Einzelner, der seine Familie vernachlässigt, bekannter Arbeiter auf. Das Gericht glaubte diesem Zeugen aber und verurteilte die beiden zu je vier Monaten Gefängnis. Der Vorgang hat sich auf einem Neubau der Brauerei Waldschlößchen abgespielt. Den Vorfall in der Verhandlung führte Landgerichtsdirektor Becker, der seiner Zeit durch die Boholzprozesse, die der Waldschlößchenbonfott im Gefolge hatte, und als Aktionär des Waldschlößchen weiteren Kreisen bekannt wurde.

Der andere Fall zeigte so recht deutlich, daß man heute bemüht ist, den gewöhnlichsten Standort zu Streitvergehen zu stemmen. Die Anklage sah so bös aus, daß selbst dem Unbeteiligten hätte Angst werden mögen. Drei Arbeiter sollten nach der Anklagechrist zwei andere durch körperlichen Zwang, Drohung, Erbverlebung, Rötigung und sonst was noch zum Mittstreiten an bestimmten versucht haben. Auch hier waren wieder die „Bedrohten“ die Haftbelastungszunge. Ihre Angaben waren aber so widersprüchsvoll, daß selbst das Gericht ihnen wenig Glauben beimesse konnte. Von der ganzen Anklage blieb nichts übrig als „grober Unzug“. Einer der Angeklagten wurde ganz freigesprochen, die anderen beiden, die bereits ca. sieben Wochen in Untersuchungshaft sich befanden, bekamen je einen Monat Haft, der als verbüßt galt. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, ein junger Aschoff, plädierte in einer schneidigen Rede unter voller Aufrechterhaltung der Anklage (!) für hohe Freiheitsstrafen. Die Streitvergehen mehrten sich in bedeutsicher Weise und es sei eine elende Begleitung, Arbeiter mit der Faust und mit Worten zwingen zu wollen, die Faulheit (?) anderer zu unterstützen. Solche Nebel der Gesellschaft müßten besiegt werden, und es gäbe kein anderes Mittel dazu, als daß man solche Kreaturen ins Gefängnis stecke.

Und so etwas sagt der Vertreter einer Behörde öffentlich ohne jede wirkliche Veranlassung. Bemerkt sei noch, daß auch der eine Verteidiger in eine heftige Kontroverse mit dem Vorstehenden, Landgerichtsdirektor Voitwitz, geriet. Nach alledem, wie man hier gegen streitende Arbeiter vorgeht, ist es schon jetzt so weit, daß Streitleiter, Streikkomitees etc. von vornherein mit einem Fuße im Gefängnis stehen. Jedes aktive, gesetzliche Vorgehen bei einem Streik ist fast zur Unmöglichkeit geworden.

Und dazu soll noch die Buchhausvorlage kommen!

Vorna, 19. September. In den Gasthof zu den drei Schwänen kam dieser Tage ein Grubenarbeiter, der über den verstorbenen Altreichskanzler Bismarck räsonnierte. Damit halte er aber die patriotischen Empfindungen des Wirtes, Herrn König, verachtet. Als dieser den Arbeiter verächtlich von dem Nationalhelden reden hörte, stürzte er auf ihn zu, schrie ihn und warf ihn dann zum Gohzinner hinaus auf die Straße. Der Bismarckverehrer, der Inhaber des eisernen Kreuzes ist, bildet sich auf seine Schlagfertigkeit viel ein. Es ist nur bedauerlich, daß der Arbeiter, mag er sich nun über Bismarck geäußert haben wie es sein mag, dem Wirt nicht in gleicher Münze gedient hat. In der Bismarckpresse wird der schneidige Wirt als ein ganzer deutscher Mann gefeiert. Wie würde wohl dieselbe Presse über einen Arbeiter hergeschlagen sein, der, ebenfalls in seinen Empfindungen verletzt, sich in ähnlicher Weise wie der Wirt von den Drei Schwänen an seinem Gegner verjagen hätte? Die ganze Bismarckgesellschaft ist so gewalttätig wie ihr Helden.

— Bautzen, 19. Septbr. Der Kirchschullehrer und Kantor Johann Sutschke in Kleinbauern, der schon wiederholt von seiner vorgesetzten Behörde wegen Überschreitung des

Gleiche Chronik.

Leipzig, 20. September.

Theaternachrichten. Im Neuen Theater geht am Mittwoch Sudermanns Johannes in Scène, in dem 3. Teil Marie Lane zum erstenmal die Rolle der Salome spielt, im Alten Theater die Operette Der Opernball.

Am Donnerstag wird im Neuen Theater Mozarts Oper Die Hochzeit des Figaro, im Alten Theater der Schwank Im weißen Rößl gegeben.

Für den Freitag ist im Neuen Theater eine Aufführung der Hauptmanns Komödie Der Vibelpelz angelegt, worin Herr William Müller als Guest die Rolle des Amtsschreibers Wehrhahn spielt. Im Alten Theater wird am Freitag Sudermanns Heimat gegeben.

Schädelblaserhebung. Aus Anlaß von häufigen Erkrankungen Neugeborener an Schädelblase (Pemphigus neonatorum, Blasenausschlag Neugeborener) hat der preußische Minister der geistlichen etc. Angelegenheiten Feststellungen darüber angeordnet, welche Erfahrungen über die Häufigkeit des Auftretens von Schädelblase, ihre Gefährlichkeit und die Wege ihrer Verbreitung bei den einzelnen Regierungsbezirken gemacht sind, und ob hierauf allgemeine Bestimmungen zu ihrer Bekämpfung für notwendig erachtet werden.

Allerlei bayerische Eisenbahnscherze erzählt ein Mitarbeiter der Augsburger Abendzeitung: Einem vor kurzer Zeit verstorbene Schaffner der weissand Ostbahn ist einmal das Nachwiegeln eines Bauern, der mitfahren wollte, schlecht bekommen. Als der Zug schon nahe am Abfahrtswinkel war, kam der ziemlich belebte Landmann schwatztröstend angestapst und rief: „Ich will a no mit, a Billet, a Billet!“ Der Schaffner sagte: „Halt, dörf geht net so g'schwund, mir ham a so scho schwier, und Du hast Übergewicht. No ja, schnell stellt Di auf d' Wag', mer woll'n sehen.“ Der Bauer wurde gewogen. „Meinetwegen, es geht no, noch, daß d' a Billet stiegt.“ Der Schaffner wurde vor die Auffichtsbehörde befohlen und bekam 5 fl. Strafe zugemessen mit dem Vermerk: „Das Bauerwiegeln muß für alle Zukunft unterbleiben.“ — Am Gewöhnlichkeit fehlt es ja auch bei den heutigen Staatsbahnen noch nicht. Am Bahnhof in Diesen wurde kürzlich ein Plakat angebracht: „Das Bahnwiegeln vor der Lokomotive auf dem Gleise ist bei Strafe verboten, ebenso das Auf- und Abspringen während der Fahrt.“ Der Misschätzer wurde nicht entdeckt.

Büchertingsrechtes gewarnt worden war, wurde vom hiesigen Landgericht wegen gefährlicher Körperverletzung zu fünf Wochen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte, der 49 Jahre alt ist, hat einen achtjährigen schwächlichen Knaben zweimal so mißhandelt, daß er 28 blaue mit Blut unterlaufenen Schwulen davongetragen hat. Oberstaatsanwalt Dr. Gensel wandte sich scharf gegen den als Zeugen geladenen Volkschulinspektor Pfarrer Gosch, weil er in der Sache nicht zweckentsprechende Erhebungen angestellt habe.

Wenn ländliche Gemeinden nicht von einer Eisenbahnverbindung berührt werden und in weiter Entfernung von einer Industriestadt liegen, so stellt sich sehr bald eine Abnahme der Bevölkerung und in weiterer Folge auch eine Entwertung von Grund und Boden heraus. Diese Feststellung kann man insbesondere im Bezirk der Amtshauptmannschaft Delitzsch, in der neben der Bezirkstadt noch die Industriestädte Obersdorf, Markneukirchen und Schöneck liegen, machen. Die Einwohnerzahl des Dorfes Brambach z. B. ging innerhalb fünf Jahren (1890 bis 1895) von 1585 auf 1525, Sachsengrün von 315 auf 278, Wiesberg von 239 auf 182 zurück. Gerade aus dem südlichen und westlichen Vogtland (von der böhmisch-bayerischen Grenze her) ziehen die Weberfamilien nach Oelsnitz oder Obersdorf, wohin sie ihr Häuschen nebst Garten freilich nicht mitnehmen können. So erfolgte vor einiger Zeit in dem Dorfe Troschenreuth, das 1890 noch 171, bei der letzten Volkszählung aber nur noch 158 Einwohner besaß, die gerichtliche Versteigerung eines Hausesgrundstück zum Zwecke der Erbregulierung. Alles das in gutem Zustande befindliche, aus Wohnhaus, Stallung und Gärten bestehende Anwesen, das gerichtsseitig schon sehr mäßig (auf 480 fl.) geschäfzt worden war, bot ein Kaufstück — 100 fl., und als das Grundstück dem einzigen Bieter für diesen lächerlich niedrigen Preis zugeschlagen wurde, wäre er gern von dem Gebot zurückgetreten; er hatte gar nicht die ernstliche Absicht, Hausbesitzer zu werden. Nun mußte der Ersteicher freilich das Haus behalten; er hat dasselbe dann abtragen lassen, und die Steine und Balken, Fenster, Türen u. dergl. einzeln verkauft. Auf diese Weise verdröhnt in diesen wertlosen vogtländischen Ortschaften nach und nach manches Wohnhaus, nachdem es oft jahrelang leer gestanden hat.

kleine Nachrichten aus dem Lande. Nach mehrjähriger Pause entwickelt sich in der Gegend von Lommatzsch, begünstigt durch trockenes, warmes Wetter, mehr und mehr eine Mäuseplage. Auf Schritt und Tritt sieht man die Tiere huschen, und wenn Pflanzen werden sie in großen Mengen aus ihren Nestern aufgeschnitten und getötet. Auch den Hasenstern, die bekanntlich in vielen Bauen bedeutende Wintervorräte (manchmal mehr als 100 Liter) aufzusammeln und dabei auch den Pflanzen großen Schaden zufügen, ist das Jahr sehr günstig gewesen. — In Grumbach bei Hainichen wurde am Donnerstag ein Hund getötet, dessen Section ergab, daß das Tier von der Tollwut betallen gewesen ist. In der Krähmühle hatte der frische Hund mehrere andere Hunde gebissen, die erschossen wurden. Der tollwutkranke Hund war auch in die Hände der Steinischen Fabrik eingedrungen und hat den Färbermeister, der ihn verjagt wollte, gebissen. Die Wunde wurde sofort in entsprechender Weise ärztlich behandelt, doch schwört der Geblisse immerhin in größter Besorgnis. — Der Preßelbeerenausfanzer B. aus Röbel wurde am Freitag auf der Straße bei Lauterbach von seinem eigenen Zughund überfallen und durch Bisse im Gesicht und an den Armen arg verletzt. Man befürchtet, daß das Tier plötzlich von der Tollwut betallen wurde. — In Werda wurde am 16. d. M. der Arbeiter Schubert in einem Waschbottich in der Wollwäscherei einer Fabrik tot aufgefunden. Der Bedauernswerte litt an Krämpfen und ist wahrscheinlich bei einem solchen Anfall in den Bottich gefallen.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

r. Mügeln, 19. September. Vergangenen Sonntag nachmittags 4 Uhr tagte im Kellerhause zu Altmügeln eine öffentliche Volksversammlung, in der Genosse Richard Lipinski einen Rückblick über die Reichstagswahlen gab. Keicher Beifall wurde dem Redner gezollt. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung protestiert entschieden gegen die beabsichtigte Vernichtung des Koalitionsrechtes durch die angekündigte Buchhausvorlage, gegen die gesteigerte Ausbeutungsmöglichkeit der Arbeiter durch die Unternehmer und gegen die Gleichstellung der Arbeiter im Kampfe für ihre gerechten Forderungen mit Meineidigen, Dieben, Betrügern und Totschlägern.“ Der Versammlungsbefehl ließ sehr viel zu wünschen übrig.

g. Halle a. S., 19. September. Groben Unzug sollte der Steinberger Richard Mai aus Bleibachstein dadurch verübt haben, daß er am 24. Juni gelegentlich der Reichstagswahl bei dem Vertreter des Wahllokales einen ihm von dem Stimmzettelverteiler der bürgerlichen Partei eingehändigten, auf den Namen Dugend lautenden Stimmzettel zerriß und die einzelnen Papierstückchen dem Vertreter vor die Füße warf und dabei die Neuerung fallen ließ, man müsse solche Stimmzettel alle in die Säle werfen. Als heute die Sache vor dem Schöffengericht zur Verhandlung kam, beantragte der Vertreter der Anklage, Amtsadvokat Weydemann, selbst Freispruch und der Gerichtshof erkannte demgemäß.

g. Meuselwitz, 19. September. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich heute nachmittag 4 Uhr auf der Strecke nach Spora. Es entgleisten mehrere Wagen eines Zuges, wobei der Zugführer Kirmse von einem Wagen herabgeschleudert wurde und sofort tot blieb, und dem Streckenarbeiter Wuyler beide Beine überfahren wurden. Kirmse hinterließ Frau und vier Kinder, Wuyler ist erst vom Militär entlassen worden und soll den ersten Tag im Dienste gewesen sein. — Wie uns noch von anderer Seite mitgeteilt wird, soll Wuyler auf dem Transporte nach dem Krankenhaus gestorben sein.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 20. September.

Abgewiesene Beschwerde. Die gegen das Amtshauptmannschaftliche Verbot der für leichten Sonntag geplanten Demonstrationenversammlung gegen die Buchhausvorlage ist von der Kreishauptmannschaft in kollegialer Zusammenstellung abgewiesen worden. Die Kreishauptmannschaft rechtfertigt das Amtshauptmannschaftliche Verbot mit Unzuträglichkeiten, die gelegentlich der großen Demonstrationen gegen die Verbannung des sächsischen Landtagswahlrechtes, bei denen die Genossen Bebel und Liebknecht als Referenten auftraten, zu Tage getreten sein sollen.

Auch die Versammlungen bei der Maissel, an der nach Berichten der Leipziger Volkszeitung etwa 5000 Personen teilgenommen, werden zur Nachfertigung herangezogen. Da die Süßlitzer Halle nur 4000 Personen fasst, müssen sich die übrigen 40—45 000 Personen im Brunnengarten aufhalten. Schon eine solche Menschenansammlung an sich löse das Verbot begründet erscheinen.

Auch mit Rücksicht auf die Masse seien Unzuträglichkeiten zu erwarten gewesen, da gewohntesgemäß Trupps von 500 Menschen die Straßen vossieren.

Wir bemerken ausdrücklich, daß uns die Begründung der Kreishauptmannschaftlichen Entscheidung nicht im Vorlaufe vorliegt, da die schriftliche Ausfertigung der Begründung von dem Süßlitzer Gemeindevorstand verwirkt wurde. Die Ausfertigung wird nunmehr bei der Kreishauptmannschaft beantragt und dann die Beschwerde an das sächsische Ministerium gerichtet werden.

Zur Beachtung für die Gewerkschaften und Arbeitervereine! Die Redaktion des Leipziger Adressbüches ist infolge eines von der Oberpostdirektion festgestellten Erfuchts bereit, in dem ersten Teile des Buches im Einwohnerverzeichnisse jeden Verein u. nach seinem Namen mit Angabe des Sitzes und Vorstandes aufzuführen, wenn ihr die dazu erforderlichen Unterlagen recht bald mitgeteilt werden. Im Interesse aller Vereine Leipzigs und der Vororte liegt es, zu der sehr wünschenswerten vervollständigung des Leipziger Adressbüches die Hand zu bieten, und wir können daher nur dringend empfehlen, die nötigen Mitteilungen recht bald an die Redaktion des Buches (Alexander Edelmann, Oberleinstraße) gelangen zu lassen.

Ein Kongress für — deutschen evangelischen Kirchengesang soll vom 16. bis 18. Oktober d. J. in Leipzig tagen. Den Veranstaltern wurde vom Rate der Stadt aus den Steuergrößen der Einwohner ein Beitrag von 500 fl. verwilligt. — Auch scheint es im Rate nicht an Verschwendlust zu fehlen. Abgesehen von einem noch nicht sprachreifen letzteren Posten, wurden den deutschen Turnern zur Errichtung eines Johanneums in Freiburg 500 fl. und dem Kirchenvorstand in Kleinzschachau zur Aufstellung eines dritten Geistlichen ein Beitrag auf die Dauer von drei Jahren zur Verfügung gestellt.

Der Schatzmeister der hiesigen Universität, Herr Alwin Oswald Schulze, ist am Sonntag abend verstorben.

Der der Spionage angelagte Wirt Mindorff aus Verviers, der sich nächsten Montag vor dem Reichsgericht zu verantworten haben wird, ist am Sonnabend aus Aachen ins hiesige Untersuchungsgesängnis eingeliefert worden.

Ein-Alto-Palais. Staatssekretär von Podbielski hat dem Berliner Tageblatt zufolge einer Deputation Dresdener Geschäftleute, die ihm Wünsche in Bezug auf verschiedene Verleihungsangelegenheiten vortrug, die Einführung eines Ein-Alto-Palais in Aussicht gestellt.

Umtausch von Postwertzeichen durch die Postanstalten. Nach § 49 der Postordnung vom 11. Juni 1892 ist die Reichs-Postverwaltung weder zur Var-Einführung von Postwertzeichen, noch zum Umtausch unbrauchbar gewordener Freimarken, gestempelter Postkarten- oder Postanweisungsformulare verbunden. Gleichwohl hat die Postverwaltung die Postanstalten ermächtigt, unbrauchbare, gestempelte Postkarten gegen gleichwertige Freimarken, gestempelte Anweisungsformulare gegen neue Postanweisungen oder gegen Freimarken umzutauschen. Nicht gestaltet ist den Beamten, Freimarken oder verborbene Formulare gegen barres Geld einzulösen.

Umtausch von Postwertzeichen durch die Postanstalten. Nach § 49 der Postordnung vom 11. Juni 1892 ist die Reichs-Postverwaltung weder zur Var-Einführung von Postwertzeichen, noch zum Umtausch unbrauchbar gewordener Freimarken, gestempelter Postkarten- oder Postanweisungsformulare verbunden. Gleichwohl hat die Postverwaltung die Postanstalten ermächtigt, unbrauchbare, gestempelte Postkarten gegen gleichwertige Freimarken, gestempelte Anweisungsformulare gegen neue Postanweisungen oder gegen Freimarken umzutauschen. Nicht gestaltet ist den Beamten, Freimarken oder verborbene Formulare gegen barres Geld einzulösen.

Die Reichsverbindung zwischen dem Königreich Sachsen und dem mittleren westlichen Deutschland wird vom 1. Oktober an eine wesentliche Verbesserung erhalten dadurch, daß der um 8 Uhr vormittags von Dresden abgehende Dresden-Leipziger Schnellzug in Leipzig resp. Halle den Anschluß an den um 11 Uhr vormittags von Halle abgehenden Schnellzug Halle-Nordhausen-Kassel gewinnt.

Die Heizperiode bei den sächsischen Staatsbahnen beginnt am 1. Oktober d. J. und währt bis 15. Mai n. J. In dieser Zeit sind sämtliche Personenzüge so ausgerüstet, daß jederzeit geheizt werden kann. Eine Erwärmung der Blüge wird vorgenommen, sobald die Temperatur in den Wagenabteilungen weniger als 8 Grad Reamur beträgt und wird wieder eingestellt, wenn wärmeres Wetter eintritt.

Wegen Reinigung der Lokalitäten der Friedhofskasse expediert diese Mittwoch den 21. September und Donnerstag den 22. September nur von 8 bis 10 Uhr vormittags.

Wegen am Wasserrohrnetz vorzunehmender Arbeiten wird die Grimmaische Straße auf der Strecke von der Nikolaistraße bis zur Ritterstraße vom 21. d. M. ab auf die Dauer der Arbeiten für den durchgehenden Fahrverkehr gesperrt.

Fahrraddrehstähle. Mitte Juni wurde in Delitzsch der Fahrradhändler Tournier in Haft genommen, weil er beschuldigt wurde, in der großen Fahrraddrehstahlhalle des Schreiners Polter in Leipzig sich dadurch der Hellserei in ausgedehntestem Maße schuldig gemacht zu haben, daß er gestohlene Fahrräder in größerer Zahl von Polter zu außergewöhnlichen Preisen gekauft und dann mit entsprechendem Gewinn weiterverkauft habe. Jetzt ist noch ein zweiter Delitzscher Fahrradhändler, Westküpper, in dieselbe Angelegenheit mitverwickelt worden. Als W. nach Leipzig geladen wurde, um in der Polterschen Sache als Zeuge vernommen zu werden, wurde er vom Untersuchungsrichter gleich dort in Untersuchungshaft behalten, da er nach der Aussage Polters ebenfalls von diesem gestohlene Räder gekauft hat.

Sittlichkeitserbrechen. Wegen Verbrechens gegen § 176, 3 des Strafgesetzbuches wurde ein 50 Jahre alter Schlossermeister aus Chemnitz in Haft genommen. Wegen Verübung des gleichen Verbrechens erfolgte auch die Verhaftung eines 18 Jahre alten Arbeitsbüchsen aus Falkenau.

In einer unliebsamen Betriebsförderung der Straßenbahnlinie Böllnardsdorf-Plagwitz führte gestern abend 6 Uhr in der Wintergartenstraße der Bruch eines Hinterrades an einem schwer mit Malz beladenen Wagen. Das eine Geleise der Straßenbahn wurde dadurch gesperrt, so daß sich eine größere Anzahl Motorwagen anstimmte.

Ein unfehlbares Bad nahm am Sonntag abend ein angeheizter Handarbeiter, der am Schulplatz in die Pleiße fiel. Er wurde aus dem Wasser gezogen und, da er ziemlich viel des dünnen Stoffes geflüchtet, ins Krankenhaus gebracht.

Bewußtlos aufgefunden. Mit verschiedenen Wunden am Kopfe wurde in der Nacht zum Montag in der Eisenbahnstraße zu L.-Lindenau ein 49 Jahre alter Mann bewußtlos aufgefunden und nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht. Ein ganz zerschlagener Spazierstock, an dem sich Spuren von Blut befanden und der höchst wahrscheinlich als Waffe gebraucht, lag in der Nähe. Die Nachforschungen nach dem Thäter sind im Gange.

Aufgegriffen wurde in Wurzen ein zehnjähriges Mädchen, das seinen in Neuschöneweld wohnhaften Eltern

Großfener brach diese Nacht in der Maschinenfabrik von Vass & Co. in L.-Neudorf aus. Gegen 1/11 Uhr erschallte plötzlich der Ruf Feuer! und der Feuerschein in dem linken Flügel der 2. Etage der Fabrik bestätigte, daß es mit dem Rufe seine Wirklichkeit hatte. Eine Viertelstunde später hörte man schon das Klirren der von der Höhe gesprungenen und auf die Straße herabfallenden Fensterscheiben und gleich darauf schoss auch die rote Flamme aus den ersten Fenstern heraus. Als 1/11 Uhr die Feuerwehr mit der Dampfspritze erschien, war das Feuer bereits nach der 1. Etage und der 3. Etage durchgebrannt. Die Feuerwehr, die in das verschlossene Haus nicht eindringen konnte, legte die großen Leitern an und schaffte sich durch Einschlagen von Fenstern die Möglichkeit zur Bekämpfung des Brandherdes. Sie arbeitete so intensiv, daß sie schon nach wenigen Minuten Herr des verheerenden Elementes geworden war und gegen 1/12 Uhr bereits die Brandstätte wieder verlassen konnte. Das Feuer hat bedeutenden Schaden angerichtet; der Betrieb in der Fabrik kann nur teilweise fortgeführt werden. Das Fabrikgebäude ist erst vor etwa einem halben Jahre dem Betriebe übergeben worden. Ueber die Ursache des Feuers bestehen bis jetzt nur Vermutungen. Am gestrigen Nachmittage erst ist in der Fabrik ein Arbeiter schwer verunglücht.

2. In der Heimat angelkommen, geht ein neues Leben an, wie es in dem bekannten Reservelied heißt, kann endlich auch der letzte der jungen Reservisten singen, die gestern morgen in langen Transporten unter militärischer Begleitung den Bahnhöfen zustrebten. Klang schon das letzte „das Ganze Holt“, das in der Früh des zweiten Corpsmanöverabendes Hornist noch Hornist in die frische Morgenluft hinausblies, wie ein Ruf der Befreiung für tausend und aber tausend junger Herzen, wie vielmehr erst das letzte militärische „Weggetreten“, nachdem endlich die Langserschneide Bahnstation erreicht und nun kein Lieutenant und kein Unteroffizier mehr wos to seggen hatte. Mit deren Herrschaftlichkeit ist es nun endgültig vorbei und an die Stelle des Blindgehörigenwillens tritt wieder der einzelnen freier Wille und Entschluß. Welch ein stolzes herrliches Gefühl, so nach zwei langen Jahren einstündigem gefährdeten Soldatenlebens wieder sein eigener Herr zu sein, das bis ins kleinste geregelte und vorgeschriebene Kasernenleben abgestreift zu haben und vor allem wieder reden und thun zu dürfen, wog dem einzelnen sein Wunschen, seine Überzeugung treibt. Freilich nach dem Geschmack des strengen „Alten“, der noch in seiner steigend freihandigen Abhängigkeit etwas von den bösen Gewöhnungen von Sitten und Ordnung munkelte, mag diese Überzeugung in ungezählten Fällen ja nicht gerade sein. Aber was hat das? Der Erlass des Kriegsministers, der gestern noch wie ein Damolesschwert über jedes Haupt schwiebte, ist für den jungen Reservisten heute nur mehr ein einfaches Stück Papier, über das er lächelnd zur Tagesordnung übergeht. Und wo den Menschen seine persönliche Überzeugung treibt, daß ja allein ist seine höchste, vornehmste Pflicht. Drum auf! Ihr, die Ihr der Armee im bunten Tuche den Rücken lehrtet, eine andere höhere Armee erwartet Euch! An Stelle des Dienstes, in dem Ihr das Handwerk des kultusfeindlichen, mörderischen Krieges erlerntet, erwartet Euch ein neuer schönerer Dienst: der Dienst im Interesse des Friedens, der Freiheit und der Wohlfahrt des gesamten Volkes.

Die Arbeiterbataillone harren Eurer! Thut als Soldaten der Arbeit Eure Pflicht!

Internationaler Glasarbeiterkongress.

B. Berlin, 19. September.

Zweiter Verhandlungstag.

Die definitive Tagessitzung lautet: Bericht des Sekretärs, Bericht der Delegierten, Lohnfrage und Arbeitszeit, die Schuhzollfrage, die Organisation der Glasarbeiter, Anträge, das internationale Sekretariat, der nächste Kongreß.

Anwesend sind 26 Delegierte und zwar 15 aus Deutschland, 1 aus Dänemark, 1 aus Belgien, 2 aus Österreich und 7 aus England. Die deutsche Delegation vertritt 5210 organisierte Glasarbeiter in 20 Orten, die englische 4200 Mitglieder und zwar ausschließlich Arbeiter der Flaschenindustrie, der belgische Delegierte 2500 organisierte Fensterglasarbeiter, der österreichische 8150 Organisierte. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

Greenwood (Castleford) berichtet über die Thätigkeit des Internationalen Sekretariats. Der Kongreß sollte bereits im Juli zusammenentreten, mit Rücksicht darauf, daß Kollege Horn in dieser Zeit im Gesangbüro saß, wurde der Kongreß aber verschoben. Einladungen sind an die verschiedenen Branchen der englischen Glasarbeiter ergangen. Vertreten sind aber nur die Flaschenmacher. Eingeladen sind weiter die Glasarbeiter Hollands, Belgien, Frankreichs, Spaniens, Österreichs, Dänemarks und Amerikas. Die amerikanischen Glasarbeiter haben auf die Einladung nicht geantwortet. Der Brief an den Sekretär der Glasarbeiter Barcelonas ist als unbestellbar zurückgekommen. Die Holländer sind nicht erschienen, weil ihre Organisation durch den Bund der Fabrikanten und den Clerus zerstreut worden ist. Deutscherlich bleibt der geringe Fortschritt der internationalen Organisation. Noch halten sich starke Unionen der englischen Glasarbeiter ihr fern. So die Flintglasarbeiter, die eine so starke Organisation besitzen, daß die Fabrikanten seit 15 Jahren keine Lohnreduktion vorgenommen haben. (Bravo!) Die Organisation der hier vertretenen Flaschenarbeiter umfaßt ausnahmslos alle Arbeiter dieser Branche. Wir haben in England vollständige Bewegungsfreiheit, kein Eingriff der Behörde belästigt uns, wir werden als freie Bürger betrachtet und behandelt, und wir nehmen dasselbe Recht wie die Fabrikanten für uns in Anspruch. Ein Flaschenarbeiter, der der Organisation nicht angehört, hat keine Aussicht auf Beschäftigung. Wir betrachten ihn nicht als Arbeiter. Die Fabrikanten haben hier nicht dazwischenzureden. Zum Schluß gedankt Redner in warmen Worten der Frau Eleanor Marx, der besonders die Glasarbeiter vielen Dank schuldig seien. Seit 1892 habe sie ihnen ihre Arbeitskraft gewidmet und noch setzt kein Erfolg zu.

Der Kongreß ehrt das Andenken der Verstorbenen durch Erheben von den Plänen.

In der Besprechung des Berichts bebauert Preußler (Wien) besonders, daß Frankreich nicht vertreten ist. Gern hätten wir aus dem Munde der Glasarbeiter von Carmaux und Albi eine Befreiung der Lügennachrichten über die Glasschüsse in Albi gehört. Redner schlägt eine Resolution vor, die den internationalen Sekretär beauftragt festzustellen, welche einzelnen Länder nicht vertreten sind und wie sie sich zur internationalen Organisation überhaupt stellen.

Sekretär Greenwood meint, die französischen Arbeiter wären besonders gern nach Deutschland gekommen, gerade um zu beweisen, daß sie nicht chauvinistisch geführt seien. Aber die großen Lohnkämpfe hätten ihre Kassen zu sehr geleert. Ausgeschlossen sei es aber nicht, daß die Franzosen im Laufe der Tagung noch einzutreten. Anders wie mit Frankreich stehe es mit Amerika, das sich ganz abseits stellt und nicht einmal den Aufruf für den Kongreß in dem amerikanischen Fachblatt veröffentlicht habe.

Horn (Löbau) schließt sich diesen Ausführungen an. Man schließe sich in Amerika ab und verhindere auch deutsche und österreichische Fachgenossen, die drüben einwandern, möglichst am Eintreten in die dortigen Organisationen.

Lambillotte (Belgien) bestätigt den zünftlerischen Charakter der amerikanischen Organisationen, die ein Eintrittsgeld von 100, 200, ja 300 Dollars von dem Ausländer verlangen. Die amerikanischen Glasarbeiter schwanken noch zwischen den Prinzipien des Freihandels und Schutzzolls hin und her, sie seien wirtschaftlich und politisch noch nicht reif für die Ideen des Sozialismus. Unter den amerikanischen Prohibitiozößen sitzen die belgischen Arbeiter besonders. 95 Prozent aller in Belgien hergestellten Fenstergläser gingen ins Ausland und namentlich nach Amerika. Die belgischen Unternehmer hätten die Zölle dadurch weitgemacht, daß sie die Arbeitskraft des belgischen Arbeiters auß höchst auspressen und ausbeuten. (Ruf bei den Deutschen: Ganz wie bei uns!) Die Arbeiter müssten deshalb Einfluss auf die Gesetzgebung zu gewinnen suchen, um die verderbliche Schutzzollpolitik zu verhindern.

Hunter (England) bestätigt aus eigener Erfahrung die Schwierigkeiten beim Eintritt in die amerikanische Organisation. Der amerikanische Glasarbeiter verbraucht täglich 7–10 Dollar, und dieser hohe Lohn habe die Überhebung und Abgeschlossenheit der amerikanischen Glasarbeiter zur Folge.

Buck (Stralsund) hebt hervor, daß es in Amerika jetzt noch so sei, wie früher in England. Als die englischen Löhne noch höher waren, hätten auch die Engländer nicht viel von der internationalen Organisation wissen wollen. Die Verhältnisse würden auch hier früher oder später Wandel schaffen. Vorläufig sei von den Amerikanern nichts zu erwarten.

In der Nachmittagssitzung wird zunächst dem internationalen Sekretär Decharge erteilt und die Resolution Preußler angenommen.

Es folgen die Berichte der Delegierten.

Für Deutschland spricht Girbig (Kassel), Vorsitzender des Berliner Verbandes. Er gibt eine Geschichte der Organisation, gedenkt der Berichterstattung durch das Sozialistengesetz und geht dann im Speziellen auf die Verhältnisse der Weißglasholzbranche ein, die er als sehr traurig bezeichnet. Die Lehrzeit sei gänzlich ungeordnet, der Lohn schwance zwischen 12 und 16 Mk., die Sonntagsruhe sei sehr mangelhaft durchgeführt.

Der Vorsitzende Buck verliest ein Schreiben der Glasarbeiter von Wirsberg im Westerwald, in dem sie mitteilten, daß ihnen drei Versammlungen, in denen sie zum Kongreß Stellung nehmen wollten, vom Landrat verboten worden seien. Diese Beschränkung der Konstitutionalfreiheit ruft bei den Delegierten hochgradige Entrüstung hervor.

Den Generalbericht über die Lage der deutschen Glasarbeiter gibt Horn. Nach den Listen der Unfallversicherungsanstalten existierten im Jahre 1885 764 Betriebe mit 38188 Arbeitern, 1886 gab es nur 688 Betriebe, die beschäftigten aber schon 41.685 Arbeiter. 1890 gab es 728 Betriebe mit 54130 Arbeitern, 1891 716 Betriebe mit 50167 Arbeitern und 1892 741 Betriebe mit 82000 Arbeitern. Bei einem Rückgang der Betriebe um 22 ist die Zahl der Arbeiter um mehr als das Doppelte gestiegen. In diese Zahl der Betriebe sind alle Vereinigungsanstalten, wie Glasmalereien und -Schleiferien, mit eingerechnet. Unter den 82000 Arbeitern sind 47000 geübte Glasmacher, 35000 Arbeiter sind Nebenarbeiter. Nur 52000 sind Vollarbeiter, d. h. solche, die während des Jahres 300 Tage gearbeitet haben. Die Technik hat mit der Ausfuhr in der Glasindustrie gleichen Schritt gehalten. Die Feuerungstechnik und die maschinelle hat sich sehr entwickelt, und beide Faktoren haben ihren Anteil an dem Aufschwung und der Konkurrenzfähigkeit der Industrie, der hauptsächlich Grund für die Konkurrenzfähigkeit liegt aber in den Verhältnissen des Arbeiters. Die Arbeitsleistung des Arbeiters ist immer mehr binausgezehrt worden, die Löhne aber haben mit dieser Arbeitsleistung nicht gleichen Schritt gehalten. Die Arbeitszeit ist nicht verkürzt worden, die Sonntagsruhe nur sehr problematisch. Auf Kosten der Arbeiter hat das deutsche Unternehmen die Überlegenheit auf dem Weltmarkt erreicht, hat sich die Ausfuhr in so ungeahntem Maße gesteigert. Während 1880 die Einfuhr 6772 Tonnen bei einem Wert von 6704000 Mk. und die Ausfuhr 59621 Tonnen bei einem Wert von 20%, Millionen betrug, ist 1895 die Einfuhr auf 2785 Tonnen bei einem Wert von 8% Millionen gesunken, die Ausfuhr aber auf 118422 Tonnen bei einem Wert von 80% Millionen gestiegen. Man sieht, daß trotz der Steigerung der Ausfuhr der Wert der ausgeschilderten Ware ganz erheblich gesunken ist. Mit der Steigerung der Produktion ging dieser Wertvermindern entsprechend eine stetige Zunahme herab, die Lohnen hand. Von 1874–1897 sind die Löhne um 1½–2½ Proz. gestiegen. Die Arbeitszeit variiert zwischen 60 und 87 Stunden in der Woche. Der Lohn für die Meister in den Fabriken beläuft sich auf 16–27, in seltenen Fällen bis 30 Mk., für Gehilfen auf 12–18 Mk., für Lehrlinge auf 6–10 Mk., für Schmelzer auf 12–24 Mark. Das ist kein angemessener Lohn für die Leistung eines deutschen Arbeiters. Verlangt der Arbeiter aber eine Lohnaufbesserung, so begegnet er dem größten Widerstand des Unternehmers. Dabei hat der Glasarbeiter noch mit sehr mühsamen sanitären Verhältnissen zu kämpfen, beträgt doch das Durchschnittsalter eines Glasarbeiters nur 25 Jahre. Die Sozialbehörden und die Reichsregierung müssen mit diesen schlechten sanitären Verhältnissen vertraut gemacht und um Abhilfe angegangen werden. Die ausländischen Fachgenossen müssen sich mit den schlechten deutschen Verhältnissen beschäftigen, denn es ist klar, daß sie auf die jetzt noch guten englischen und amerikanischen Verhältnisse zurückwirken müssen. Neben einer starken nationalen Organisation ist deshalb eine gute internationale Organisation von nötzen. Internationale Solidarität muß vor allem bei Lohnkämpfern geübt werden. Die Grundsätze dieser internationalen Solidarität müssen in einem Kartellvertrag festgelegt werden. Das Hauptgesetz muß auf die allgemeine Einführung des Achtstundentags gelegt werden. (Lebhafte Beifall.)

Im Anschluß an diesen Bericht beantragen die Glasarbeiter Stralsund eine Regelung der Sonntagsruhe, Glasarbeiter Ottensen einziges Eintreten für den Achtstundentag. Diese und ähnliche Anträge aus Dresden und dem Plauischen Grunde werden einer Kommission von fünf Mitgliedern zur endgültigen Redaktion überwiesen.

Für Dänemark berichtet Hartmann. Die wenig entwickelten dänischen Glasindustrie beschäftigt etwa 500 Arbeiter; hiervom sind 290 organisiert. Die Vereinigung wurde im Jahre 1893 gegründet. Die Fabrikanten eröffneten einen Vernichtungskrieg gegen sie, und im Jahre 1895 gab es nur noch organisierte Glasarbeiter. Während die Organisation dauerhaft, verfügt die Fabrikanten die Löhne auf äußerste. Unermüdlicher Thätigkeit gelang es, die Organisation auf ihre jetzige Höhe zu bringen und eine Erhöhung der Löhne um 25 Prozent gegen 1891 durchzusetzen. Die Arbeitszeit beträgt 9 Stunden, die Sonntagsarbeit ist so gut wie befeitigt.

Von Nah und Fern.

Eine Elstimscherin.

Belgrad, 20. September. In Blasiotinza vergnügte, wie die Verl. Morgenbl. berichten, eine Frau innerhalb eines halben Jahres ihren Gatten, drei Söhne und drei andere männliche Verwandte, also sieben Personen, um das Erbe ihrem Liebhaber zuzuwenden.

Braunschweig.

London, 20. September. Ein heftiges Feuer wütete gestern abend in den Millwall-Docks. Eine große Mehlmühle und zwei Lagerhäuser sind abgebrannt. Der Schaden wird auf 100000 Pfund Sterling geschätzt.

Unfall auf der Straßenbahn.

Bradford (England), 19. September. An einem Wagen der elektrischen Straßenbahn versagte, als er eine starke Steigung hinauffuhr, die Bremse. Der vollbesetzte Wagen schlug um; fünfzig Personen erlitten schwere Verletzungen, darunter mehrere tödlich.

Sturm.

Madrid, 20. Sept. Einzelne Teile des Landes wurden von heftigen Stürmen heimgesucht. In Sevilla kamen dabei sechs Personen ums Leben, mehrere wurden verwundet. Zahlreiche Gebäude wurden beschädigt. In Guardia (Provinz Granada) wurden 85 Gebäude zerstört. Die Zahl der hierdurch getöteten oder verwundeten Personen ist nicht bekannt.

Telegraphische Depeschen.

Volks telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

Bonn, 20. September. Amtlich wird gemeldet: Von dem am Sonntag nachmittag 6 Uhr 40 Min. von Blingsdorf abfahrenden Zug der Vorgebirgsbahn entgleisten zwischen Eckendorf und Gilisdorf eine Maschine und ein Personenwagen. Ein Heizer wurde leicht verletzt, eine Frau erlitt einen Armbruch. Der Betrieb wurde nicht gestört. Die Ursache des Unfalls ist noch nicht festgestellt.

Budapest, 20. September. Die Stadthauptmannschaft wird alle nicht nach Budapest zuständigen Anarchisten von hier ausschicken. Gestern wurden vier Arbeiter der Polizei vorgeführt. Sie werden in ihre Zuständigkeitsgemeinden abgeschoben werden.

Paris, 20. September. Einzelnen Blättern zufolge werde der Kriegsminister Chouvin im heutigen Ministrat die Ernennung Burlindens zum Militärgouverneur von Paris beantragten.

Sidcle erklärt, Oberst Berlin, dessen bevorstehende Verhaftung angekündigt, dann jedoch widerrufen wurde, sei ein intimer Freund des Marquis Mores und du Pah de Clans und einer der Ankläger des Prozesses Dreyfus gewesen. Berlin habe überdies alles aufgeboten, um die Revision des Prozesses zu verhindern.

Pretoria, 20. September. Der Zweite Volksraad nahm eine Resolution an, durch die das von den Minenpachtgesellschaften gewonnene Geld mit einer Abgabe von 2½ Prozent belegt werden soll. Die Regierung wird jedoch ermächtigt, finanziell schwachen Gesellschaften dieselben nachzulassen.

Die Stadtverordnetenwahlen finden im November d. J. statt.

Wahlberechtigt ist nur, wer im Besitz des Bürgerrechts ist. Zwischen Antrag und Erteilung des Bürgerrechts liegt in der Regel eine längere Zeit. Wer also auch bei den Stadtverordnetenwahlen seiner Parteipflicht genügen will, muß unbedingt das Bürgerrecht erwerben, wenn er es noch nicht besitzt.

Die Anträge auf Erteilung der sächsischen Staatsangehörigkeit und des Leipziger Bürgerrechts sind bei der Wahlgeschäftsstelle der Stadt Leipzig, Mühlgrasse 10, parierte links, Zimmer Nr. 3, anzubringen.

Arbeiter! Erwerbt das Leipziger Bürgerrecht!

Gerichtssaal.

Bandgericht.

Leipzig, 19. September.

Fahrlässige Körperverletzung. Am 16. Juli fuhr der Markthelfer Willy R. mit einem zweirädrigen Buchhändlerkarren durch die Blumenstraße. Obgleich er sah, daß der vierjährige Sohn des Restaurateurs K. auf der Straße saß, folgte er dem Kind seines Freundes und fuhr drauf los. Das Kind ging dem Knaben über den Fuß. Er erlitt eine Quetschung zweier Zehen, so daß die Nägel abgingen. Nach vierjährigem Krankenlager konnte der Knabe aber wieder laufen. Die IV. Strafammer sah die Sache milde an und verurteilte R. wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 20 Mk. Geldstrafe.

Untreue. Der 58 Jahre alte Cigarrenmacher Franz Moritz Heinrich T. aus Leipzig war im Jahre 1880 für die minderjährige Ida Lina K. als Altersvormund bestellt. Sehr spät bekannte sich der Vater der aufschechlichen K. auf seine Ultimatumspflicht und ließ der K. im Jahre 1894 eine Summe von 261.85 Mk. zukommen, die K. vom Rechtsanwalt H. ausgehändigt wurden. Die Großmutter der K., die sie erzogen hatte, nahm 100 Mk. in Anspruch für Erziehungskosten, zahlte an T. 10 Mk. für seine Bemühungen und kam mit T. überein, den Rest von 151.85 Mk. für die K. auf der Sparflasche zu Schönenfeld einzuzahlen. T. bezahlte aber mit dieser Summe Schulden. Im Jahre 1898 kam es jedoch aus Tageslicht, daß T. das Geld nicht bestimmungsgemäß verwendet hatte. Aufsoge bestritt T., daß ihm das Geld ausgehändigt worden sei. Schließlich legte er ein offenes Geflügel ab. Mit dem Vormundschaftsgericht hat T. die Vereinbarung getroffen, monatlich 25 Mk. abzuzahlen und hat T. bereits 75 Mk. abgezahlt. Die IV. Strafammer verurteilte T. wegen Untreue und Unterschlagung zu drei Monaten Gefängnis und einem Jahr Eherverlust.

Der Verführungsdelikt. Nach einem Rückschlagskrimmel wollte der wiederholte bestrafte 34 Jahre alte Maurer Friedrich B. aus Regis seinen Kater durch einige markierte Fischlein heilen. Er suchte deshalb den Laden der Produktionshändlerin Z. in der Querstraße in Lindenau auf. Während Frau Z. die Fische besorgte, sah B. ein Säckchen in der offenen Ladentasse liegen. In dem Säckchen, es seien Blechmarken, griff B. zu und stieß das Erlangte in die Westentasche. Draußen wurde er gewahr, daß er drei 20 Mark-Silberstücke erwischt hatte. Später hat er der Z. das Geld ersehen, doch konnte er es nicht verhindern, daß ihm eine Anklage wegen Diebstahls zu teil wurde. Der Erfolg war, daß ihm drei Monate Gefängnis und ein Jahr Eherverlust zugesetzt wurden.

Ein Messerheld. Während eines Rückschlagskrimmels in Gaulis kam der 31 Jahre alte Handarbeiter Frieder. Wilh. Derr aus Neu-Limburg mit dem Buchdrucker B. in Differenzen, die aber beigelegt wurden. Später trafen sie wieder auf der Straße zusammen und fing D. den Streit von neuem an. In seinem Verlauf verletzte er B. mit seinem Taschenmesser zwei Stiche in die Brust, die nicht ungefährlich waren. B. flüchtete sich und wurde von D. verfolgt. Letzterer gab aber die Verfolgung auf und stieß seinem Freunde

über diese Ausrede. Mit Rücksicht auf die Höheit D.s verurteilte ihn das Gericht zu einem Jahr Gefängnis.

Gewerbegericht.

Leipzig, 20. September.

Herrliche Unzuständigkeit. Der Mühlensieder P. klage gegen den Konsumverein Leipzig-Plagwitz auf 51 Mark Entschädigung wegen Kündigungsklausur Entlassung. Das Gericht trat von Amts wegen in Erörterung der Frage ein, ob das Gewerbegericht zuständig sei oder nicht. Hierzu gab der Kläger an, daß er seit dem 2. November 1896 in der vom Konsumverein Leipzig-Plagwitz erachteten Wahl in Gundorf beschäftigt sei und dort seinen Arbeitslohn erhalten habe. Nach eingehender Beratung erklärte der Vorsitzende, Professor Steckner, daß das Gericht der Überzeugung sei, daß Gundorf der Erfüllungsort des Arbeitsvertrages sei. Das Gewerbegericht bestreite aber nur für den Bezirk der Stadt. Gundorf sei außerhalb des Stadtkreises gelegen und das Gewerbegericht deshalb unzuständig. Der Vorsitzende empfahl dem Kläger, vergleichsweise seine Klage beim Gewerbegericht zurückzuziehen und beim Amtsgericht anzubringen. Der Kläger gab diesem Vorschlage statt und zog vergleichsweise seine Klage zurück.

Kontaktbruch. Die Arbeiterinnen S. und P. arbeiteten bei dem Buchdruckereibesitzer F. im Accord. Sie erhielten in der letzten Zeit ungenügend Arbeit zugewiesen und verlangten deshalb, daß ihnen ausreichende Arbeit zugelebt würde. F. gab sich auch Mühe, ihnen Arbeit zu beschaffen. Als dies in etwa $\frac{1}{4}$ Stunden nicht gelang, verslebten sie die Arbeit. F. klagte nun gegen beide auf Rückkehr zur Arbeit. Das Gericht verurteilte die beiden zur sofortigen Aufnahme und Fortsetzung der Arbeit bis zum 24. September. Im Falle der Nichtaufnahme der Arbeit sollen beide je acht Mark an F. zahlen. Das Gericht, so wurde in der Urteilsbegründung ausgeführt, erblickte in dem Fortgehen der Mädchen ein unbefugtes Verlassen der Arbeit. Nach § 124 der G.-O. steht Ihnen zwar das Recht zu, bei ungenügender Beschäftigung die Arbeit niederzulegen. Allein nach dem Verlangen der Mädchen habe F. sich sofort nach den Lagerräumen begeben und habe sich Mühe gegeben, Arbeit zu verschaffen. Wenn ihm das erst in $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{4}$ Stunden gelungen sei, so sei ihm daraus kein Vorwurf zu machen.

Versammlungskalender.

Dienstag: Zimmerer, Gosenerstr., Duseurstraße 38. Abends 8 Uhr. Z.-O.: 1. Abrechnung vom Sommersemester. 2. Gewerbegerichtliches. 3. Die Ausstellung des Altersberichts aller Branchen. Vortrag: Alexander Brügelmann, Gundorfer. 4. Vortrag vom Genossen Paul Schiemann über die Werthaltung der Gewerkschaften im Spiegel der nichtarbeiterischen Klassen. 2. Bericht eines Vertreters des Nationalkomites. 5. Die Vorstandsmitte bei Groß u. Co. in Cottbus.

Zum Quartals- u. Wohnungswchsel

empfiehlt ein großes Lager extra gut und dauerhafter, teils im eigenen Geschäft fabrizierter

Möbel jeden Genres, ganzer Wohnungseinrichtungen, wie auch einzelne Gegenstände zu enorm billigen Preisen bei fulanter und aufmerksamer Bedienung.

Freier Transport im Umkreis von 10 Stunden. Ansicht ohne Kaufzwang zu jeder Zeit, auf Sonntags gern gestattet.

Gohliser Möbelhalle

Hermann Fontius

Gohlis, Neuh. Hallese Str. 106, neben dem Würzburger Hof u. der roten Schule.

Direkt von Aachen!!

weltherühmt durch reelle prämierte Tuche, versenden wir zu auerkannt billigen Preisen Anzug- u. Paletotstoffe vom einf. bis feinsten.

Tausende Empfehlungen u. garantirt ca. 30 000 Kunden beweisen unsere grosse Realität.

Grosse Musterauswahl franko. Berühmte Specialität:

Monopol-Cheviot, reine Wolle, echte Farbe, schwarz, blau, braun,

3 Meter zum gediegenen Anzuge 12 Mark!

Wilkes & Cie., Tuchindustrie, Aachen Nr. 204.

Partiewaren-Geschäft, Lindenau, Querstr. 13.

Hemdenbarthent, 4 Meter 1 Mt. Frauenhemden M. 1.10, Frauenhemden, gestickt, mit Kästchenschluss, M. 1.80, Bettwäsche, 2 Meter lang, M. 1.50. Großer Posten Bettwäsche, Gardinen, Kleiderstoffe, fertige Kleider für Herbst und Winter. Alles aufs billigste und nur gute Ware.

[8856]

Connewitzer Möbel-Halle.

Die grösste der Südvorstadt.

Stöckartstr. 11 und Bornaische Str. 32.

Empfiehlt alle Möbel, Spiegel und Polsterwaren billigst unter Garantie.

Moritz Freyer.

Neugebauer, fabr. gebild., staatl. nicht geprüft. Prakt. b. Homöopathie u. Naturhomöopathie, früher an Dr. Willm. Schubert, Politiklinic, heißt n. Langj. Erf. gesd. Geschäftsräume, d. M. u. Fr. Pfosten-, Kieren-, Magen-, Darm-, Haut- u. Nervensfeld., Rheumat., Rieselschütt. Grimm, Str. 21, II. Sprechst. 9-25-8, Sonnt. 10-11 Uhr, außv. briefl.

Steier Eingang patentierte Neuheiten in:

Gummi-

Waren zur Gesundheitspflege in bester Qualität bei

Frau Auguste Graf allein noch Nikolaistr. 4.

Preis, nur geg. Freitag. (20 Pf.) nichtpossl.

Damen! Das berühmte Werk

Frak. Winke

in allen diskreten

Frauenstr. 10, versendet direkt

Helmens Verlag, Berlin SW. 61.

Billig! Billig!

25 Kinderwagen

sind einzeln mit 5,- Anzahlung und wöchentlich 1,- Abzahlung abzugeben.

[2119]

S. Oswald, Königsplatz 7, I.

gegenüber der Markthalle.

8864] aus Kleinzschocher.

2. Beilage zu Nr. 218 der Leipziger Volkszeitung, Dienstag, 20. September 1898.

Der Bericht des Parteivorstandes.

Heute, nicht ganz zwei Wochen vor dem Zusammentritte des Parteitages, ist der Bericht des Parteivorstandes erschienen, ein Heftchen von 31 engbedruckten Seiten.

Der Bericht resümiert die für die Sozialdemokratie politisch und sozial wichtigen Ereignisse und Auseinandersetzungen des letzten Berichtsjahrs.

Zuerst wird die Wahltagswahlfrage dargestellt. Zum Schlusse dieser Betrachtung heißt es:

Eine allgemeine Wahlbeteiligung unserer Partei, wie sie bei den Reichstagswahlen stattfindet, ist bei der Natur des Dreiklassenwahlsystems ausgeschlossen und auch von den entschiedensten Vertretern der Wahlbeteiligung nie für möglich gehalten worden. Die praktischen Erfahrungen, die die Genossen bei den bevorstehenden Landtagswahlen sammeln, werden hoffentlich für die Zukunft zu einer gemeinsamen Richtschnur für die preußischen Genossen in dieser Frage führen.

Dann wird die Bedeutung der Landes- und Provinzorganisationen ins rechte Licht gerückt. „Nachdem in fast allen Kreisen des deutschen Reiches Kandidaten von unserer Partei aufgestellt worden sind, vielfach nur zu dem ausgesprochenen Zweck, auf diese Weise auch die verstreut im Lande wohnenden Anhänger und Genossen in die Lage zu bringen, ihre Stimmen zu Gunsten unserer Partei abgeben zu können, ist die Möglichkeit, von einer Centralstelle aus die Agitation zu regeln, natürlich vollständig geschwunden. Diese Aufgabe zu erfüllen obliegt jetzt den Provinz- und Kreisorganisationen, die sich ihrer Aufgabe im allgemeinen auch vollständig gewachsen gezeigt haben. Wo es notwendig und angängig war, sind vom Parteivorstand den Einzelorganisationen Hilfsmittel, Redner und Geld oder Agitationschriften zur Verfügung gestellt worden. Dass dabei vielfach genutzte Wunsche, besonders in Bezug auf bekanntere Parteidinner, unbefriedigt bleiben mussten, ist auch in diesem Jahre wieder zu konstatieren.“

Die Abänderung der vereinsgesetzlichen Bestimmungen in Sachsen und Bayern (Aufhebung des Verbindungsverbotes), die sächsische Vereinsgesetzmöller (betr. der Kinderjährlinge) werden hervorragend gekennzeichnet. Die sächsische Findigkeit und Auslegungskunst, die den Arbeiterorganisationen so leicht „alles unter politische Zwecke“ rubriziert, würdig der Bericht zufredend.

Auf dem Gebiete der Arbeiterorganisationen „sind aus der letzten Zeit als Neuerungen die Arbeitersekretariate zu bezeichnen. In Berlin, Nürnberg, Stuttgart, München, Hannover existieren solche Institute bereits seit längerer oder längerer Zeit, in anderen Städten, so z. B. in Frankfurt a. M., bereitet man deren Einführung vor. Zur Wahrung der Interessen der Arbeiter auf den Gebieten des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung und des Koalitionsrechtes haben die neuen Institute sich überall als große Wohlthat für die ihr Recht verfolgenden Arbeiter erwiesen.“

Der Streit am Piesberg wird so dargelegt: „Für die brutale Rücksichtlosigkeit, mit der der Kapitalismus alle Hindernisse beseitigt, die sich der Profitshänderei in den Weg stellen, sind recht charakteristisch die Vorgänge in den Kohlengruben am Piesberg bei Osnabrück. Diese Werke sind in den letzten Jahren nicht mehr so ergiebig gewesen wie früher. Um die Ausbeute zu steigern, ordnete die Werkleitung furchtbar an, daß die bis dahin gefeierten besonderen katholischen Feiertage in Zukunft in Wegfall zu kommen haben und an diesen Tagen gearbeitet werden müsse. Die katholischen Arbeiter, die durch diese brutale Anordnung sowohl in ihren wirtschaftlichen Interessen, wie auch in ihren religiösen Gefühlen auf das tiefste verletzt wurden, weigerten sich der Anordnung Folge zu gebieten und legten die Arbeit nieder. Obwohl nun ein kirchliches Interesse in Frage stand, die Ortsgeistlichkeit auch auf Seite der Arbeiter trat, die Zeitung des christlichen Bergarbeiterverbandes die Berechtigung des Ausschlusses anerkannte und Hilfe zusagte, von einer sozialdemokratischen Einmischung aber keine Spur vorhanden war, fuhr die gesamte Bourgeoisepresse doch über die Streikenden her, als ob es sich um ganz gewöhnliche Sozialdemokraten gehandelt hätte. Die Stumm-Presse schimpfte, wie sie seiner Zeit über die Streikenden im Ruhr- und Saar-Gebiet geschimpft hatte, die Regierungsvertreter stellten sich auf die Seite der Unternehmer und schließlich desavouierte auch der Bischof die niederen Geistlichen. So von allen Seiten verlassen, waren die armen katholischen Arbeiter bereit, sich ins Unvermeidliche zu stürzen. Nun zeigte sich aber das Kapitalprozentum ganz auf der Höhe, indem die Werkbesitzer erklärten, die Gruben ihrer geringen Ertragfähigkeit wegen und zur Strafe für die Arbeiter dafür, daß sie gewagt hätten, die Schonung ihrer religiösen Überzeugung und ihrer wirtschaftlichen Interessen zu verlangen, in Zukunft zu schließen. Hunderte von Arbeitern und ihre Familien waren mit diesem Probenbesluß mit einem Schlag best- und existenzlos und genötigt, die Heimat zu verlassen, in der ihre Vorfahren und sie ihnen folgend, seit Jahrzehnten den Boden mit ihrem Schwitz gebildet hatten. Die Kapitalisten preßte feierlich diesen Besluß in begeisterten Artikeln, weil durch ihn den widerpenstigen Arbeitern einmal recht deutlich und wirksam gezeigt sei, daß die Unternehmer „Herren auf ihren Werken“ sein wollen und daß sie mit ihrem Eigentum machen können was sie wollen. Vertreter von Kirche und Staat billigten aber das Vorgehen der Unternehmer und hielten für die hilflos auf Pfosten geworfenen Arbeiter höchstens die Moralsprüche und Lehren darüber, daß man den „Brotheren“ nicht unvorsichtig reizen soll. Für die katholischen Bergarbeiter dürften die Vorgänge am Piesberg ein Denkzettel sein, den sie nicht so bald vergessen werden.“

Scharf hervorgehoben wird, daß nicht nur Polizei und Behörden in die Bohnkämpfe zu Gunsten der Unternehmer eingegriffen haben, sondern daß auch in der Rechtsprechung immer mehr die Tendenz zur Geltung kommt, strengste Strafen gegen die Vergehen, die aus angeblichen Verstößen gegen den § 158 der Gewerbeordnung resultieren, in Anwendung zu bringen und in der Auslegung der Strafbestimmungen selbst über alle früher beobachteten Grenzen weit hinaus zu gehen. Vor allen hat auch im letzten Jahre wieder der verächtliche grobe Unfugsparagraph auf die Bohnkämpfe eine Anwendung gefunden, die nur in der einseitigen Auffassung weiter richterlicher Kreise ihre Erklärung findet. So wurde besonders vielfach der Versuch gemacht, das sogenannte Streikpostenstehen unter den Unfugsparagraphen zu bringen und eine ganze Anzahl von Gerichten hat in diesem Sinne auch entschieden. Das gerade damit den Arbeitern ein wesentliches Mittel zur Durchsetzung des Solidaritätsrechtes genommen wird, ist sicher, aber das ist auch vor nun ausgeprochene Zweck al dieser Maßnahmen. Da für die Unternehmer erfreulichen

Gegensatz zu dem Verhalten der Behörden gegenüber den gewerkschaftlichen Verbündungen der Arbeiter stehen die Maßnahmen derselben Behörden dort, wo es sich um die Durchführung von Bestimmungen handelt, die zum Schutz der Arbeiter aufgestellt sind. Das zeigt sich besonders bei der soviel umstrittenen Bäckereiverordnung aus der Zeit des Ministers v. Verlepsch.

So entstehe das sieze Misstrauen der arbeitenden Bevölkerung gegen die gelehrte Rechtsprechung und die burokratische Verwaltungspraxis. Die Arbeiter hätten die Überzeugung, daß dabei ihre Interessen zu kurz kommen müssen, weil niemand da sei, der sie kenne und sich zu deren Unwalt aufweise. „Wodagegen die Arbeiter selbst mit zur Entscheidung durch ihre Vertreter berufen sind, wie bei den Gewerberichten und den verschiedenen Instanzen der Arbeiterversicherung, ist dieses Misstrauen nicht vorhanden.“

Der berüste Posadowsky-Erlaß wird einer so scharfen wie sachlichen Kritik unterzogen.

Der Bericht wendet sich dann zu den Reichstagswahlen. Die Wahlorganisation war schon lange vor dem Schluß der letzten Reichstagsession und der Ausschreibung der Neuwahlen fertig. Nur konnte das angekündigte sozialdemokratische ABC-Buch nicht rechtzeitig fertiggestellt werden, und wurde durch das Handbuch für sozialdemokratische Wähler erachtet, das noch rechtzeitig verschickt werden konnte.

Das bei den Wahlen 1893 zum erstenmal angewandte System, „die Centralisation in der Parteorganisation aufzugeben und die provinziellen oder Landesgliederungen, die sich in den letzten Jahren gebildet haben, bei der Durchführung des Wahlkampfes in entsprechender Weise herauszuheben“, hatte sich damals vorzüglich bewährt, und der Parteivorstand veranlaßte deshalb, daß auch diesmal wieder entsprechende organisatorische Einrichtungen, Centralwahlkomitees u. a. gebildet wurden. Einige Neuerungen gegenüber 1893 wurden vorgenommen. Neue Agitationsbezirke wurden diesesmal gebildet für den Regierungsbezirk Oppeln mit dem Sitz der Leitung in Königsberg (Oberschlesien), Regierungsbezirk Arnstadt 1.—4. Wahlkreis, Centralwahlkomitee in Hagen i. W.; Baden 8.—10. Wahlkreis, Sitz des Centralwahlkomitees in Karlsruhe; Mecklenburg, Sitz des Centralwahlkomites in Rostock.

Der Bericht zählt die Agitationsbezirke vollständig auf und bemerkt, daß sich die Einteilung auch diesmal vollständig bewährt hat. Sie hat es ermöglicht, „die organisatorischen und agitatorischen Arbeiten mit einer Intensivität durchzuführen, die niemals zu erreichen gewesen wäre, wenn die ganze Wahlaktion von einem Centralpunkt aus hätte geleitet werden sollen“. Es folgt nun eine Schilderung des Wahlkampfes. Am 10. April erschien im Vorwärts ein Aufruf der früheren Reichstagsfraktion als erste offizielle Aufforderung zu den bevorstehenden Wahlen. Der Wahlkampf hat diesesmal Summen gelöst, wie nie zuvor. Im ersten Wahlgange wurden 32 Wahlkreise erobert. Es folgt eine Schilderung der Stichwahlen. Hervorgehoben wird, daß eine Reihe von Freisinnigen mit Hilfe der Sozialdemokraten gewählt wurde. Für diese Hilfe wurde nur in ganz vereinzelten Fällen von den Freisinnigen Gegenleistung gewährt. „Wo dies aber, wenigstens teilweise, geschehen zu sein scheint, wie in den drei von uns neu eroberten katholischen Kreisen, war es mehr die Angst vor den Wollzöllen als die Abneigung gegen die politische Realität, was einen Teil der freisinnigen Wählerschaft bestimmt, bei der Stichwahl einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben.“

Bei den Stichwahlen spielte der amtliche Druck und die Beeinflussung durch die Unternehmer eine große Rolle. „Fondert“ arg trat dieser Druck dieses Mal auch in den Staatswerken und königlichen Bergwerken hervor. Nur so konnte es gelingen, um Wahlkreise wie z. B. Neiße wieder zu entziehen.“ Das Schlussergebnis des Wahlkampfes waren für unsere Partei 55 Mandate. Der Bericht gibt ein übersichtliches Bild, wie sich die Sozialdemokratie in den 55 Kreisen, die jetzt sozialdemokratisch vertreten sind, seit 1867 entwickelt hat.

Der Fortschritt der Partei drückt sich nicht nur in der Zahl der Mandate, sondern auch in der der Stimmen aus. „Zwar ein so gewaltiges Wachstum, wie es die Partei bei den Wahlen von 1890 zeigte, kann dieses Mal nicht konstatiert werden. Das erklärt sich aber am besten aus der Thatache, daß in einer Reihe von Wahlkreisen die unsern Vertreterungen am meisten zugänglichen Arbeiterwähler zum großen Teil bereits gewonnen sind, in der übrigen Wählerschaft aber unser Anhang langsam wächst. In manchen Wahlkreisen, die für absolut sicher galten, wurde die Agitation auch nicht so intensiv wie früher betrieben und wurden die vorhandenen Kräfte mehr in benachbarten Kreisen verwendet.“ Trotzdem wuchs die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen um etwa 318000. Von einer Verstärkung über den Wahlausfall, die die Gegner uns unterschrieben, kann unter diesen Umständen keine Rede sein. „In unseren Kreisen haben die hochgespannten Erwartungen, die uns von gegnerischer Seite aus sehr durchsichtigen tatsächlichen Gründen unterstellt werden, nicht bestanden. Die sozialdemokratische Partei hat alle Ursache, mit den Fortschritten, die die Wahlen vom 16. Juni für sie gebracht haben, zufrieden zu sein.“

Drei Punkte werden als besonders erfreuliche Erscheinungen bei den Wahlen hervorgehoben: „Einer, daß der Stimmenzuwachs mit Ausnahme eines einzigen Agitationsbezirks sich über ganz Deutschland verteilt hat, unsere Bewegung also überall im Fortschritt begriffen ist und von einem Stillstand oder gar Rückschritt nicht die Rede sein kann. Zweitens, daß wir dieses Mal in Provinzen und Industriebezirken — Ostpreußen und Oberschlesien — Eingang gefunden und überraschend hohe Stimmenzahlen erreicht haben, wo noch bei der letzten Wahl 1893 von einer nennenswerten sozialdemokratischen Bewegung gar nicht geredet werden konnte, und drittens, daß das ländliche Proletariat sich dieses Mal zu Gunsten unserer Partei an der Wahl beteiligte, wie nie zuvor.“

Im Anschluß an die Wahlergebnisse bespricht der Bericht besonders die Fortschritte unserer Bewegung in den Kreisen des ländlichen Kleinbürgers und Proletariats, wobei die besondere Schwierigkeit des Eindringens der Sozialdemokratie in ländliche Kreise hervorgehoben werden. „Von den Militär- und Steuerlasten aber abgesehen verfolgt der Bauernhofbesitzer fast durchweg Interessen, die auf einer Marschroute liegen, die weitab von der unseren geht. Das in unseren Reihen vielfach verlangte Agrarpogramm würde zur Gewinnung dieser Bauern nur dann dienen, wenn wir ihnen auf allgemeine Kosten Vororte einkäufen, die wir ohne Verstoß gegen unsere Parteigrundsätze nie gewähren können.“

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß in den Provinzen,

wo man den Großgrundbesitz nicht oder doch nur in geringem Umfang kennt, für unsere Partei keine Möglichkeit gegeben sei, Anhänger zu gewinnen. Es liegt auch unter den Bauern genau so wie unter den Handwerkern einzelne, die sich den Blick durch ihre engeren Standesinteressen nicht trüben lassen und die wohl begreifen, daß der altväterliche Betrieb, der heute nur in Begeleitung mühseligster eigener Überanstrengung und halber Versklavung der Lohnarbeiter sich über Wasser halten läßt, neben den modernen Betriebsformen, die mit allen Hilfsmitteln der Neuzeit arbeiten, auf die Dauer doch nicht bestehen kann. . . .

Vor allem aber werden wir auch in den Provinzen mit bürgerlicher Bevölkerung und ohne Großgüter und Güterbezirk unserer Hauptaugenmerk auf die Arbeiter und auf die Wahrnehmung ihrer Interessen richten müssen. Das sind unsere natürlichen Anhänger und sie werden um so leichter zugänglich sein, als deren Interessen und Bedürfnisse bisher von keiner anderen Partei berücksichtigt worden oder in Zukunft berücksichtigt werden können. Über die Lohn-, Arbeits- und besonders Wohnverhältnisse der Arbeiter auf den Gütern des Großgrundbesitzes haben wir mehrfach authentische Mitteilungen, die uns häufig ein erschreckendes Bild über die dortigen Zustände geben. Derartige Untersuchungen über die Lage des bürgerlichen Gesindes fehlen fast vollständig und doch unterliegt es für den Kenner nicht dem geringsten Zweifel, daß in manchen bürgerlichen Gegenden das Gesinde unter Verhältnissen lebt und besonders wohnt, die den schlimmsten Zuständen auf den ostelbischen Gütern in nichts nachstehen. Wenn diese Zustände bisher weniger in die Erziehung traten, so wohl nur aus dem Grunde, daß der Bauer häufig fast ebenso schlecht lebt und wohnt wie das Gesinde, also der Kontrast fehlt, den das Herrenhaus der Junker und die Lehnhütte der Arbeiter bietet. Hinaus aus Land wird also nach wie vor unsere Partei bleiben, wir können aber auch dort unsere Erfolge nicht als Bauern, sondern nur als Arbeiterpartei erzielen.“

Zu den Solinger Borgängen sagt der Bericht: „Beider haben uns die diesmaligen Reichstagswahlen einen Vorgang gebracht, wie er seit der Vereinigung der beiden Parteigruppen im Jahre 1875 nicht mehr dagewesen ist und sich hoffentlich auch in Zukunft nicht mehr wiederholen wird. Der leidige Zwist unter den Genossen im Wahlkreise Solingen, der schon viele Parteidinner beschäftigt hat und den man nach den Beschlüssen des vorjährigen Parteitags und nach den Erklärungen der beiden Parteien, die bei dieser Gelegenheit abgegeben wurden, in der Partei als endgültig beigelegt betrachtet hat, er brach angesichts der bevorstehenden Neuwahlen mit erneuter Festigkeit aus. Obwohl seitens der Parteileitung alles geschah, um den Hamburger Besluß durchzuführen und Georg Schumacher, unter der Sicherung, daß er die vom Parteivorstand in Vorschlag gebrachten Arrangements der Solinger Blatt- und Druckereiverhältnisse als Ausführung der Hamburger Beschlüsse anerkannte, es erreichte, daß mehrere Tausend Wahlberechtigte zur Verfügung gestellt wurden, um Verpflichtungen aus der Schumacherschen Blattgründung zu decken, für die Schumacher neben einigen seiner Freunde die Bürgschaft übernommen hatte, brach er doch nach dem Empfang des Geldes sein in Hamburg und dem Parteivorstand gegenüber verständiges Wort. Unter lächerlichen Vorwänden behauptete er später, die in Hamburg genutzten Busagen seien vom Vorland nicht erfüllt und deshalb sei auch er an sein gegebenes Wort nicht mehr gebunden. Er ließ sich von seinen Freunden wieder als Kandidat aufstellen und die Folge war, daß im Kreise zwei sozialdemokratische Kandidaturen sich gegenüber standen. Von Seiten des Parteivorstandes wurde nichts verkannt, um die Parteidinner und Arbeiter des Kreises über den wirklichen Sachverhalt und den eigentlich Schulbigen aufzuklären. Der Erfolg blieb auch insofern nicht aus, als von den fünf in dem Kreise aufgestellten Kandidaten Schumacher erst an dritter Stelle rangierte, während unser Parteididat mit einem Liberalen in die Stichwahl kam. Bei dieser zeigte es sich nun erst eindrucksvoll, wie vollständig entfremdet Schumacher der Partei bereits war. Stattdessen, wie von seinen alten Parteidinnern als selbstverständlich betrachtet wurde, nummerierte seine Anhänger aufzufordern, wie ein Mann für den sozialdemokratischen Kandidaten gegen den Liberalen einzutreten, stellte er Bedingungen für seine Entscheidung bei der Stichwahl, die einfach für jeden Ehrenmann unannehmbar waren und denen man es auf den ersten Blick ansah, daß sie nur gestellt waren, um eine Verständigung unmöglich zu machen. Unsere Genossen im Kreise gaben die einzige, einem solchen Verhalten gegenüber gebührende Antwort, sie straften den abtrünnigen Vertrüter mit Verachtung, nahmen aber den Stichwahlkämpf mit verdoppelter Energie auf. Schumacher aber und das Gros seiner Anhänger schwankte zu den Liberalen ab und verhalf diesen auch zum Siege.“

„So ist der Partei ein alter und sicherer Wahlkreis verloren gegangen durch das verträgliche Gebaren eines Mannes, der sich seit 30 Jahren zu ihr zählte und sie 14 Jahre als Abgeordneter im Reichstag vertrat.“

Die Genossen im Solinger Kreise haben Schumacher und fünf Genossen aus der Partei ausgeschlossen.“

Neben den allgemeinen Reichstagswahlen hatte die Partei noch bei einigen Erstwahlen sich zu beteiligen. In Nürnberg machte der plötzliche Tod des unvergleichlichen Grillenberger Erstwählen nötig, die für uns glänzend ausfielen. Sonst beteiligte sich unsere Partei im letzten Jahre an den Reichstagswahlen in der Westpreußen, wo durch Hilfe unserer Wähler bei der Nachwahl der Kreis zum Konservativen den Kreis abnahm, im IX. schleswig-holsteinischen Wahlkreis und in Hamburg-Kiel (Hamburg) und dem fünften oberpfälzischen Wahlkreis.

Der Bericht wendet sich nunmehr zu den Landtagswahlen. Es heißt da: „Die Landtagswahlen im letzten Berichtsjahr haben insofern einen schlechten Anfang genommen, als der von den sächsischen Nationaldänen durchgeführte Gewaltstreich — Besiegung des allgemeinen Wahlrechts und Erfasen desselben durch eine Nachaffnung des preußischen Dreiklassenwahlsystems — den gewünschten Erfolg gehabt hat. Von den sämtlichen Abgeordneten unserer Partei, deren Mandate abgelaufen waren, ist keiner wiedergewählt worden. Nur in einem einzigen Wahlkreis — es fehlt uns hier nur wenige Stimmen an der Majorität, da unsere Genossen mehrfach in der zweiten Klasse und in ein paar Bezirken sogar in der ersten Klasse gezeigt hatten — wäre die Möglichkeit der Wahl unseres Abgeordneten gegeben gewesen, wenn unsere Genossen sich hätten entschließen können, mit den Nationaldänen ein Kompromiß einzugehen. Letzteres geschah selbstverständlich nicht und so schieden sämtliche zur Wahl stehende Abgeordnete aus dem Landtage aus.“

Trotz dieser Erfahrungen zeigt sich der Berichtsteller sehr

optimistisch und schreibt: „Ob gerade der lebhafte Vorgang, der zeigt, daß bei der Stärke unserer Partei in Sachsen es keineswegs ausgeschlossen ist, daß unsere Genossen den einen oder anderen Kreis selbst unterm Dreiklassenwahlsystem zu erobern vermögen, nicht Anlaß sein soll, die Genossen jener Bezirke, die sich bei der letzten Wahl von derselben fern hielten, obwohl gerade in ihren Bezirken unsere Partei selbst für sächsische Verhältnisse ungewöhnlich stark vertreten ist, sich in Zukunft doch an der Wahl zu beteiligen, das wird eine Frage sein, die auf den sächsischen Parteitagen wohl noch wiederholt zur Erörterung kommen wird.“

Demgegenüber muß auf Grund unserer genauen Kenntnis der Verhältnisse hervorgehoben werden, daß in Sachsen nicht einmal die Freunde der Wahlbeteiligung an die Möglichkeit denken, daß ein Mandat für die Partei erobert werden könnte und höchstens von der Wahlbeteiligung einen agitatorischen Nutzen erwarten.

Die Parteipresse hat im Laufe der letzten Jahre keine Veränderung erfahren. Es erscheinen zur Zeit politische Blätter:

| | |
|-----------------------------|----|
| wöchentlich 6 mal | 37 |
| " 3 " | 16 |
| " 2 " | 8 |
| " 1 " | 6 |
| monatlich 1 " | 1 |

68

Mit dem Steigen der Auflage der Neuen Welt, die als Sonntagsbeilage zu den meisten Parteiblättern beigegeben wird, ist auch das Deficit für diese wieder gestiegen, so daß ernsthafte Maßnahmen zu dessen Beseitigung in Aussicht genommen werden müssen. Der im Parteiverlag erscheinende Neue Welt-Kalender ist auch in diesem Jahre in steigender Auflage abgesetzt worden.

Das Budget des Vorwärts weist eine Gesamteinnahme von 572768.55 M., eine Gesamtausgabe von 519420.80 M. mithin einen Gesamtüberschuss von 53347.50 M. auf. Der Gesamtgewinn übersteigt den des Vorjahrs um 5137.75 M. Die Auflage des Vorwärts hat sich auch nach den Wahlen auf über 52000 Exemplare gehalten. Unter den Ausgaben für die Redaktion figurierten: Diverse Aufkosten 21 785.40 M., Zeitungsabonnement 2166.70 M., Berichterstatterhonorar 38 720.25 M., Ferilloton 8455.80 M., Redaktion und angestellte Mitarbeiter 56456.65 M., Depeschen und Parlamentsberichte 4389.25 M., Gerichtskosten und Strafen 1360.20 M., Redaktionsbibliothek 1040.50 M., insgesamt 129 635.75 M.

Der sozialpolitischen Propaganda hat die Buchhandlung Vorwärts auch im abgelaufenen Geschäftsjahr durch Herausgabe zahlreicher neuer Agitationschriften nach Kräften zu dienen versucht.

Die März-Zeitung wurde in 150000 Exemplaren abgesetzt, Liebknechts zum Jubeljahr der März-Revolution

1848 in 30000 Exemplaren, die Mai-Zeitung in 292000 Exemplaren, und Thurov's Erfolge der Achtstunden-Agitation in 10000 Exemplaren. Die für die Arbeiterklasse wichtigsten Reichstagsverhandlungen wurden in Zehntausenden von Abdrücken in die Massen geworfen, um über die arbeiterfeindliche

Schwankung des neuesten Kurses auf dem Gebiete der Arbeiterschulpolitik keinen Zweifel zu lassen: zum Beispiel Klassenpolitik und Sozialreform fand 119000, Graf Posadowsky und die Koalitionsfreiheit 50000, Herrenhausunter 6000 Abdrücke,

das Protokoll des Hamburger Parteitages erzielte eine Auflage von 28800 Exemplaren, Hirsch: Prostitution und Verbrechen eine solche von 2800 Exemplaren. Von Arbeiter-Notiz-Kalender, der aus dem Verlage von Wörlein u. Co. übernommen wurde, war die 20000 starke Auflage schon zu Neujahr vergriffen,

Calwers Wahlbroschüre: Wen wähle ich? endlich wurde in 448000 Exemplaren verbreitet, und an sonstigen Flugblättern wurden 248000 Exemplare seitens der Buchhandlung Vorwärts vertrieben. Von dem im Auftrage des Parteivorstandes herausgegebenen Handbuch für sozialdemokratische Wähler (5000 Auflage) wurden 3226 Exemplare an die in der Agitation thätigen Genossen gratis abgegeben.

Im ganzen wurden von der Buchhandlung Vorwärts allein anderthalb Millionen sozialistische Agitationschriften eigenen Verlags in die Massen geworfen, und aus ihrem Ueingewinn wurden der Parteikasse 19000 M. für Parteizwecke zur Verfügung gestellt.

Aus dem Kassenbericht ist hervorzuheben, daß Einnahmen wie Ausgaben sich gesteigert haben. Während der lebhaftige Bericht in Einnahme und Ausgabe mit 291 839.78 M. abschloß, zeigt der diesjährige eine Einnahme von 315 866.91 M., der eine Ausgabe von 343 105.60 M. gegenübersteht. Der ungünstigste Monat war der November mit nur 7807.19 M., die besten Monate waren März und Juli mit 42574.52 M. bzw. 42420.85 M. an allgemeinen Einnahmen.

Dann heißt es: „War schon in den Vorjahren in vielen Parteitoren die Neigung vorhanden, möglichst hohe Beiträge in den örtlichen Kassen anzusammeln, so wurde dies bestrebt mit dem Herausnehmen der Reichstagswahl noch stärker. Es hätte deshalb eigentlich auch erwartet werden können, daß die Centralkasse bei der Reichstagswahl weniger als früher in Anspruch genommen werden würde. Das Gegenteil war aber der Fall. Während bei der letzten Wahl im Jahre 1893 die von der Centralkasse geleistete Zufluss 133 186.48 M. betragen, belaufen sich die Ausgaben der Centralkasse für Wahlagitation im Berichtsjahr auf 213 217.70 M. Von dieser Summe sind bis zum Abschluß der Rechnung 4000 M. wieder in die Hauptkasse zurückgestossen, während die Rückzahlung von weiteren kleineren Beträgen in Aussicht gestellt ist. Außerdem kommen aber auch erfahrungsgemäß noch nach Monaten Nachforderungen von einzelnen Orten, die Defizit gemacht haben, so daß sich Rückzahlungen und Nachberewilligungen die Wage zu halten pflegen. Die letzte Reichstagswahl hat demnach die Centralkasse mit ca. 80 000 M. mehr belastet als die Reichstagswahl im Jahre 1893. Da diese Anforderungen aus den laufenden Einnahmen des Jahres nicht befriedigt werden konnten, mußte ein größerer Betrag der Reserve entnommen werden.“

Für Preihilfestellung sind in diesem Jahre 73 078.67 M. weniger ausgegeben worden als im Vorjahr. „Einmal hat sich die geschäftliche Lage verschiedener bisher unterstützungsbefürchtiger Parteiblätter so weit gebessert, daß sie entweder mit einem geringeren Zufluss auskommen oder ganz aus der Reihe der subventionierten Blätter ausscheiden. Die von der Parteileitung auf Grund langjähriger Erfahrung erleiteten Ratschläge sind, wenn auch nicht überall, so doch vielfach beherzigt worden. Zweitens aber fehlt in der diesjährigen Auflistung der für die Neue Welt zu leistende Zufluss, der erst in der nächsten Jahresrechnung zum Vortheile kommen und zwischen 20000 und 25000 M. betragen wird.“ Es erhielten:

Braunschweiger Volksfreund 1500.— M.,

Gf.-Lothr. Ausgabe der Mannheimer Volksstimme 2540.—

Fränkische Volksstimme 1600.— "

| | | |
|--------------------------------------|--------|------|
| Rheinische Zeitung | 2700.— | Mark |
| Saalfelder Blätter | 2850.— | " |
| Solinger Freie Presse | 2000.— | " |
| Vogtländische Volkszeitung | 765.60 | " |
| Volksbote, Stettin | 1200.— | " |
| Vollswacht, Breslau | 3000.— | " |

21155.60 Mark.

Was bereits im vorjährigen Protokoll bezüglich des Braunschweiger Volksfreundes bemerkt wurde, „daß noch weitere Opfer gebracht werden müssen, ehe das Blatt sich deckt und die Folgen des jahrelangen Haders überwunden sind“, ist eingetroffen.

Außer den bereits an anderer Stelle gedachten 4000 M. mussten noch 1500 M. direkt gegeben werden. Die Ausgaben für die Elsf-Lothringische Ausgabe der Mannheimer Volksstimme halten sich auf der im vorjährigen Protokoll festgelegten Linie. Die Königsberger Volksstimme mußte weiter unterstellt werden, weil die Königsberger Parteigenossen den Wunsch hegten, ihr Organ auch während der Reichstagswahl dreimal wöchentlich erscheinen zu lassen. Für die Zukunft ist die Frage des Erscheinungsmodus der Königsberger Volksstimme noch offene.

Die Rheinische Zeitung hat sich wie im Vorjahr, so auch in diesem Jahre, in erfreulicher Weise weiter entwickelt. Statt des ihnen zustehenden Bischoffses von 4000 M. haben die Kölner Parteigenossen nur 2700 M. in Anspruch genommen und dabei zugleich die begründete Hoffnung ausgesprochen, daß die Rheinische Zeitung im nächsten Jahre nicht mehr unter den subventionierten Blättern erscheinen wird. Auch auf den geschäftlichen Stand der in Saalfeld erscheinenden Parteiblätter hat die Wahlbewegung günstig eingewirkt, so daß für die nächste Zeit eine Verringerung des Bischoffses möglich sein wird.

Die Ausgabe für Solingen wurde infolge des bekannten Beschlusses, den der Hamburger Parteitag in der Solinger Angelegenheit gefaßt hat, nötig, um den früheren Abgeordneten Schumacher und seine nächsten Freunde von den für die Solinger Freie Presse eingegangenen Verpflichtungen zu befreien.

Wie von Seiten Schumachers und seiner Freunde dieses Entgegenkommen der Gesamtpartei beantwortet wurde, ist bekannt. Die Unterstützung der Vogtländischen Volkszeitung wurde nur aus dem Grunde nötig, weil der Herausgeber, Genosse Minzel, seit Monaten schwerkrank dahiedersiegt, und, um das Weitererscheinen des Blattes zu ermöglichen, von Seiten der Partei ein Geschäftsführer gestellt werden mußte. Der Bischoff für den Stettiner Volksboten wurde nötig infolge der Übernahme des Stettiner Volksboten durch die Stettiner Genossen.

Voraussichtlich wird das Blatt auch scheinbar noch Hilfe benötigen. Die Breslauer Vollswacht ist leider auch im Berichtsjahr infolge der Drauzalierungen, denen sie ausgesetzt ist, nicht ohne Bischoff ausgekommen.

Unter den Ausgaben finden wir die Unterstützungen mit

9064 M., die Prozesse und Gefängnisosten mit 5019 M., die Allgemeinagitation mit 89 161 M., die Wahlagitation 213 217.70 M., die Reichstagkosten 16945 M., Gehälter und Verwaltungsausgaben 15 318 M.

Das Strafregister ist auch für dieses Jahr wieder sehr groß.

Zahllos waren Anlagen und Strafmandate wegen Verbreitung von Wahlflugblättern, Siftierungen der Flugblattverteiler und Beschlagnahmungen der Blätter. „Ungemein zahlreich waren die Strafverfolgungen auch im letzten Jahre und wurden unerhört hohe Strafen erkannt wegen Vergehen gegen den § 158 der Gewerbeordnung. Ueberzeugungen, die im gewöhnlichen Verkehr unter den Arbeitern gang und gäbe sind und niemand als versänglich betrachtet, wurden vom Richter als „Bedrohungen“ aufgesetzt und mit wochen- und monatlangem Gefängnis bestraft. Daß diese Judikatur ganz im Sinne und Geiste gewisser unter dem Einfluß der großindustriellen Unternehmervereinigungen stehenden, maßgebenden Kreise gelegen ist, ist zweifellos, die gesetzlich gewährleistete Koalitionsfreiheit der Arbeiter aber muß darunter auf das schwierste leiden.“

Insgesamt wurde in letzten Jahre erkannt auf 54 Jahre, 7 Monate, 1 Woche, 3 Tage Gefängnis und 19 948 Mark Geldstrafe.

Bom „Lübeckischen Basallen“.

Wilsches erzählt aus seinem neuen „Erinnerungen“ allerlei Neuheiten Bismarcks über die Hohenzollern.

Einmal bemerkte Busch: „Was Durchlaucht gerade über den Kronprinzen (Kaiser Friedrich) gesagt haben, führt die Beschreibung näher aus, die Sie mir im Jahre 1870 auf der Fahrt von Beaumont nach Vendresse von ihm gegeben haben: ein angenehmes Leben ohne großen Gedankenreichtum und Sorgen, Ueberfluss an Geld und von der Presse gelöst.“

„Ja, das ist sein Charakter,“ entgegnete Bismarck. „Wie sein Großvater Friedrich III., dem er auch in anderer Hinsicht ähnelt. Sie haben doch die Memoiren von Karoline Bauer gelesen.“ „Ja,“ antwortete ich, „und die des alten Hofrats Schneider.“ „Na, ganz recht, der erzählt auch ähnliche Geschichten, aber in seiner Urteilswelt weiß er nicht, wie sehr sie ihm schaden. Der alte König pflegte siebenmal in einer Woche von den Pfaueninsel oder dem Potsdamer Palais nach Berlin ins Theater zu fahren, um dort wertlose Gemeinschaftsspiele zu sehen und dann hinter die Scène zu gehen und die Schauspielerinnen unter den Kinn zu fassen. Hierauf fuhr er wieder die lange standige Strafe zurück, die er bekommen war. Das ist also des Kronprinzen Art — er will sich amüsieren, regieren mag er nicht. Das kann eines Tages schlecht ausgehen, wenn ich zu schwach geworden bin, noch etwas zu thun, dann werden wir möglicherweise verschiedenen Orts wieder Boben versetzen. Es ist wahr, er wünscht mich zu behalten, aber ich will gehen. Ein großer Kurfürst oder ein Friedrich der Große ist in Zukunft nicht von nötig. Ein Friedrich Wilhelm I. würde ausreichen, sogar ein Friedrich Wilhelm II., denn der wäre nicht so schlecht gewesen, hätten ihn die Weiber nicht verweichlicht.“

Die Unterhaltung wandte sich im Februar 1879 dem Zustande des Kaisers Wilhelms I. zu. Der Fürst bemerkte:

„Er hat an Energie und Geisteskraft Endnuß erlitten und ist jetzt unlauteren Einflüssen gegenüber viel zugänglicher.“ Ich fragte nun nach dem Nachfolger und welcher Art des Kanzlers Beziehungen zu ihm seien. „Gute,“ antwortete er, „recht gute. Er ist humaner, Großvaters und Friedrichs I. Er sagt nicht: „Ich habe die Schlacht gewonnen. Ich habe den Feldzug geführt“ sondern: „Ich weiß, daß ich dazu nicht fähig bin; der Chef meines Generalstabes hat es getan, ihm gebührt deshalb das Lob.“ Unter allergünstigster Hest denkt ganz anders. Er kann zwar gerade seine Unnachgiebigkeit, aber er will, daß er alles selbst getan hat. Er sieht es, im Vordergrunde zu stehen; er sieht zu posieren und den Schein der Autorität. Die Kronprinzessin ist auch natürlich und aufrichtig, was sich von ihrer Schwiegermutter nicht behaupten läßt. Nur Familienstreit beeinträchtigt sie, allerdings früher mehr als gegenwärtig.“ „Der Onkel in Hannover?“ fragte ich dazwischen. „Nein, der weniger als der Coburger und der Augustenburger; aber sie ist ehrenwert und hat keine großen Brätenstellen.“

Wie Bismarck zu „diesen Hohenzollern“ stand, zeigen zum Schluß folgende Stellen. Im März 1870 wurde Busch an-

gewiesen, dem Ministerialrat in Preßangelegenheiten, Bitzmann zu sagen, daß er die Zeitungsauszüge, die sein Amt für den König vorbereite, besser sichten und ordnen müsse. Das für den König Geeignete müsse auf gesonderte Bogen gelegt und von dem Ungeeigneten getrennt werden.

Partikularistische Litgen und Dummheiten wie die auf Kiel und Kassel vom 25. und 28. März gehören zur letzteren Kategorie und sollen dem König nicht vorgelegt werden. Wenn er die Zeitung gebrückt schwarz auf weiß sieht, ist er geneigt, es zu glauben. Er kennt den Charakter dieser Zeitungen nicht.

Ungefähr aus derselben Zeit stammt folgende Glossa:

Der Kanzler bemerkte plötzlich: „Der König sagte mir heute eine Unwahrheit. Ich frage ihn, ob das Bombardement (von Paris) nicht begonnen habe, und er erwiderte, er habe es befohlen. Aber ich wußte auf der Stelle, daß es nicht wahr sei. Ich kenne ihn. Er kann nicht liegen, oder wenigstens nicht auf solche Weise, daß es nicht entdeckt werden kann. Er wechselt sofort die Farbe, und das war besonders bemerkbar, als er heute auf meine Frage antwortete.“ Als ich ihm fest in die Augen sah, vermochte er nicht standzuhalten.“

Über seine Stellung zu den Damen des Hohenzollernhauses, deren („des Unterrocks“) Einfluss in besonderem Maße seinen Born erregte, unterrichten uns folgende Auslassungen:

Es scheint eine Eigentümlichkeit der Hohenzollern zu sein, daß ihr Welbervolk immer einen großen Einfluß auf sie ausgeübt hat. Bei Friedrich dem Großen war das nicht der Fall, wohl aber bei seinem Nachfolger und dem verstorbenen König, ebenso bei unserem gegenwärtigen allernähesten und seiner zukünftigen Majestät. Das merkwürdigste Bild bietet in dieser Beziehung Prinz Karl, der alles eher ist als ein guter Chemnitz und doch von seiner Frau abhängt. Er hat in der That förmlich Angst vor ihr und läßt sich durch ihre Wünsche leiten. „Aber es verhält sich doch etwas anders mit diesen beiden (dem König und dem Kronprinzen). Sie wünschen Presse gefragt haben, daß sie billig denken und großmütig sind.“ Sein Verhältnis zur Kronprinzessin (Kaiserin-Vitória) wird durch die folgende Neuersetzung beleuchtet: Ich denke nicht, daß sie auf ihren Mann großen Einfluß hat; sie ist eine recht kluge Frau, allerdings klug nach Frauenart. Sie ist nicht im Stande, ihre Gefühle zu verborgen, wenigstens nicht immer. Ich habe ihr manche Thräne verursacht, und sie konnte mir ihren Ärger nach den Annexionen von Schleswig und Hannover nicht verbergen. Sie konnte damals kaum meinen Anblick ertragen. Aber jetzt hat sich diese Stimmung doch gewandelt. Sie bat mich ein Glas Wasser zu reichen, und als ich es ihr gab, sagte sie zu der Dienstmädchen, die vor ihr stand: „Er hat mir so viel Thränen verursacht, als Wasser in diesem Glase ist.“ Aber jetzt ist das alles vorbei.

Verhinderungen, die Fürst Bismarck gegen Busch that über die im Frühjahr 1888 geplante Heirat des Prinzen Alexander von Wattenberg lassen erkennen, daß die damaligen Schmähartikel gegen die Kaiserin Friedrich über die Engländer und die englische Presse auf Stichworte des Fürsten Bismarck zurückzuführen waren. Dabei erfahren wir, daß Kaiser Friedrich selbst jene Heirat gar nicht billigte.

Auch Prinz Wilhelm blieb den Verhandlungen darüber nicht fern. Busch drückt einen Brief ab, den der nachherige Kaiser Wilhelm II. am 2. April 1888 an Bismarck schrieb und der wie folgt lautet:

Albedyll hat mich aufgesucht und die ganze Wattenberger noch einmal besprochen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch ein Brief erwähnt, welchen die Kaiserin gestern erhalten haben soll, worin der Wattenberger ihr mitteilt, daß er nur mit meiner Zustimmung heiraten würde — ein Punkt, der Erwähnung verdient. In dieser Beziehung war Albedyll der Ansicht, daß positive Anerkennung unter Wiederholung dieser Phrase vom Wattenberger verlangt werden sollte, um besseren Halt über ihn zu erlangen. Würden Durchlaucht meine Absendung des Schriftstellers bitten, mit Befehl an Hertwich, zu ihm zu gehen und von ihm für mich eine Aufzeichnung zu verlangen, welche die obige Erklärung enthält? Wenn dieselbe in meinen Händen wäre und der Wattenberger trotzdem irgendwelche Intrigen einlassen würde, könnten wir dokumentarisch beweisen, daß er des direkten Vorbruches schuldig sei. Euer Durchlaucht freundliche Entscheidung erwarten und in der Hoffnung, daß Ihnen die Geburtstagester gut bekommen ist